

24. Dezember 1984

DOPPELNUMMER!

Nr. 52/1 / S 20, -

WOCHENPRESSE

**HAINBURG:
REDEN STATT RODEN!**

**DER MINUS-MANN 1984:
ERNEST BREZOVSKY**

DM 3,50 / sfr 3,00 / Dr 150,- / Lit 2300,-

**KARLHEINZ BÖHM IN ÄTHIOPIEN:
VOM FILMSTAR
ZUM LEBENSRETTER**

TITEL

Vom Filmstar zum Lebensretter 38

Während Europas Wohlstandsbürger das äthiopische Hungersterben nur im TV verfolgen, hat der österreichische Schauspieler Karlheinz Böhm persönliche Konsequenzen gezogen: In vier von ihm gegründeten Dörfern realisiert er eine Alternative zum Tod.

INLAND

Minus-Mann '84: Ernest Brezovszky 14

Die WOCHENPRESSE-Redaktion wählte wieder die Top-Ten der Absteiger und Unsympathler des Jahres.

Hainburg:

Salcher contra Regierung 16
Der neue Präsident der Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz, Exfinanzminister Herbert Salcher, vertritt die Auffassung: „Nein zu Hainburg.“

Alternative:

Eins und eins ist drei 18
Grüne und Alternative werden bei allen kommenden Wahlen gemeinsam kandidieren.

„Venceremos“ 19
Eine Besetzerin der Hainburger Au schildert ihre höchst persönlichen Eindrücke.

Volksbegehren: Wegkreuzung 21

Mit dem massiven Einsatz der Exekutive am Mittwoch vor Weihnachten wurde eine lange Tradition beendet.

Dichand - Nenning: Millionen-Bingo 22

Eine Dokumentation der Finanztransaktionen zwischen dem „Krone“-Herausgeber und dem Konrad-Lorenz-Aktivist.

E-Wirtschaft:
Gegen den Strom 24
Unter der Zauberformel „Giro Blau“ formiert sich passiver Widerstand von Stromzahlern.

Direkte Demokratie:
Traurige Chose 25

Ironimus '84: Sinowatz 26
Der Kanzler im Jahresrückblick des WOCHENPRESSE-Karikaturisten Gustav Peichl.

Personalpolitik:
Daumen-Prognosen 28
Und wieder sah Landwirtschaftsminister Günter Haiden rot.

FPÖ: Alpen-Aufstand 29
Die Tiroler Blauen schießen auf ihren Bundesobmann Norbert Steger.

Bauskandal:
In deutscher Hand 30
Der böse Peter Wolf 31

WIRTSCHAFT

ORF-Werbung:
Wiener Schleich 32



Der ORF hat neuerlich die Werbezeiten überschritten. Tiger Bacher versucht nun, Handel gegen Industrie auszuspielen.

Löhne: 's Bummerl 33
Die Arbeiter in Österreichs Betrieben verdienen je nach Branche und Bundesland sehr unterschiedlich.

Baubiologie: Beton-Weh 35
Märkte & Manager 35

AUSLAND

Sterben in Äthiopien 40
Abrüstung:

Der Kongreß tanzt 42
Was tun die Delegierten der Wiener Truppenabbaugespräche, wenn sie sich gerade nicht in den Haaren liegen?

Israel: Peres als Paris 43
Die Konzentrationsregierung hat ihre erste von den religiösen Parteien ausgelöste Krise überstanden. Das stärkt den Regierungschef.

Interview:
Bonner Grüne 44
Bonns prominentester Grün-Abgeordneter, Anwalt Schily, ist über die Hainburger Vorfälle „entsetzt“.

Afghanistan:
Blut, Schweiß, Tränen 45

KULTUR

Beliebtester Schauspieler? 46
Burgtheater: Sex & Crime 48



Gleich zweimal zeigt die „Burg“, wie spannend Theater sein kann.

Subventionen:
Donnergrollen 49
Gegen den umstrittenen Tiroler Kultur-Multi Wolfgang Pfaundler wettet jetzt auch das Landeskontrollamt.

Neue Romantik:
Himmlisch dekadent 50
Ein neuer E.-T.-A.-Hoffmann-Kult ist ausgebrochen.

VERKEHR

Spielzeug:
Konkurs der Kindheit 52
Rudolph J. Wojta über seine beiden ersten Automobile.

WISSENSCHAFT

Tierversuche:
Folter für die Forschung? 56
Rund um zwei Schimpansen gehen die Emotionen hoch.

BÜCHER

Mittelalter:
Frommer Lüstling 59
Der Weg des perversen Playboys Gilles de Rais führte einst auf den Scheiterhaufen.

REISE

Südamerika: O sole Rio 64



Der Fernreiseboom dieses Jahres hat zu vergrößertem Angebot geführt: Ein Subkontinent wartet auf touristische Eroberung.

GESELLSCHAFT

Spanien:
Die Edelweispflücker 58
Der Führer einer Neonazi-Jugendgruppe vermittelte seine Schützlinge als Lustknaben an potente Kunden.

Götter und Graugänse 60
Peter Kampits über die Normenhöflichkeit und Orientierungslosigkeit unserer Gesellschaft.

Familie: Liebloses Recht 61
Ein neues Gesetz soll die häufige Odyssee von Kindern zwischen leiblichen und Pflegeeltern verhindern.

MEINUNGSFORUM 62
Silvester-Prognosen – ein Humbug?

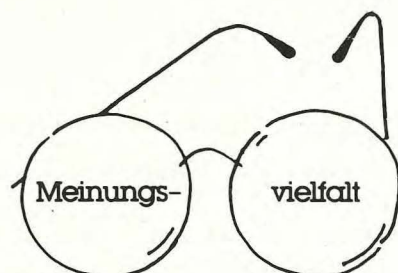
Show: Der Missen-Täter 66
Erich Reindl, Mißmacher der Nation, hat bei seinen Schönen nicht nur gute Nachrede.

Trends: Bedingt heimelig 68
Wohnen in aufgelassenen Fabriketagen erfreut sich auch bei Wiens Schickeria steigender Beliebtheit.

Das Unik 70
Hanna Molden über die Theologin Herlinde Pissarek-Hudelst.

Humor 71

Impressum 4



„Marktwert“

Die **WOCHENPRESSE** (Nr. 50/84) brachte einen Gastkommentar von Ex-CA-Chef Heinrich Treichl.

„Das Risiko der Geldinstitute ist sozialisiert!“ Ist aber damit jede Erpressung des Staatsbürgers (als Steuerzahler, Sparer und Kreditnehmer) kraft der normativen Wirkung des Faktischen auch gerechtfertigt? Oder gilt nicht auch für das Kreditwesen der Grundsatz, daß zur Verbesserung der Ertragslage die Kosteneinsparung Vorrang hat? Etwa der Personalkosten, des Re-

präsentationsaufwandes, des Aufwandes für die Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Unternehmensleiter und für andere unternehmensfremde Zwecke?

Wie viele Millionen an Einkommen stehen den angeblich „Verantwortlichen“ für jede verwirtschaftete Verlustmilliarde eigentlich zu, da doch immer nur der Steuerzahler zur Riskentragung herangezogen wird? Was bedeutet das Wort „Verantwortung“, wenn ihr keine Haftung entspricht? Kann sich jemand als Unternehmer bezeichnen, wenn er nur „wohlerworbene“ Rechte und keine Risiken kennt?

Solange ein nachhaltiger Gewinn von mehr als dem durchschnittlichen Kapitalmarktzins (bezogen auf die Bilanzsumme) erzielt wird, soll der Unternehmerlohn nicht kleinlich bemessen sein. Wenn nicht, sollte dem Management Gelegenheiten geboten werden, seinen Marktwert in der wirklich freien Wirtschaft zu beweisen.

DDr. Helmut Kanzler
Viktor-Geramb-Weg 13
8010 Graz

„Waffenleidenschaft“

Die **WOCHENPRESSE** (Nr. 46/84) befaßte sich in einer Titelgeschichte mit Landeshauptmann Theodor Kery.

Die SPÖ kritisiert ihren äußerst erfolgreichen burgenländischen Landeshauptmann Kery wegen seiner Waffenleidenschaft. Nun ist aber der Waffensport gerade bei der Grenzbevölkerung hoch angesehen: im Burgenland ebenso wie beim Kärntner Heimatdienst oder bei den Tiroler Schützen. – Am Eisernen Vorhang und am Brenner denkt man über das Waffenhandwerk eben anders als in Wiener Schwulencafés.

Was die Berichterstattung im ORF betrifft, so haben die Seher und Hörer oft das peinliche Gefühl, daß an Stelle des schwarz-roten Proporz der Vor-Bacher-Ära nun ein blau-grüner Proporz getreten ist: Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein grüner Spinner hochgejubelt wird, der irgend etwas bekämpft, das aus Steuergeldern zum Wohl der Bevölkerung geschaffen werden soll – Kraftwerke, Schnellstraßen, Gebäude und Silos; wie vieles andere, das dem Fortschritt der Menschheit dient.

Josef Sporrer
Hauptstraße 76 A
2371 Hinterbrühl

„Intoleranz“

Die **WOCHENPRESSE** (Nr. 49, 50, 51/84) beschäftigte sich mit den Auseinandersetzungen rund um das Au-Kraftwerk in Hainburg.

Mit nicht zu überbietender Deutlichkeit demonstrierten unlängst Österreichs Parlamentarier, was sie von der Zerstörung unserer Umwelt wirklich halten: nämlich gar nichts!

Zu einem von der nö. Landes-Landwirtschaftskammer bestens

vorbereiteten „Lokalausweis im Wald“, terminlich seit Wochen mit dem Parlament abgestimmt, meldeten sich insgesamt nur 18 Abgeordnete (!) an, das sind bei einer Gesamtzahl von 183 Abgeordneten zum Nationalrat und 63 Bundesräten nicht einmal zehn Prozent. Die Politiker wären an Ort und Stelle mit beklemmenden Waldbildern konfrontiert worden, sie hätten mit eigenen Augen gesehen, wie ernst bereits die Situation und wie knapp der noch verbleibende Zeitraum zur Einleitung von Gegenmaßnahmen ist.

Die Haltung dieser Damen und Herren, Desinteresse gepaart mit mangelndem Verständnis, steht in krassem Gegensatz zu dem in allen Parteien pausenlos getrommelten Bekenntnis zur Umwelt. Diese Einstellung führt zwangsläufig zu dem Schluß, daß „grün“ zu sein nur eine Frage der politischen Opportunität, nicht eine Frage des Sachzwanges ist.

Mit diesen Erfahrungen kann man hinsichtlich der weiteren Umweltentwicklung nur mit bösen

für Fragen des Umweltschutzes ein. Ich erinnere an den liberalen Wiener Bürgermeister Cajetan Felder, der Wiens erste Hochquellenwasserleitung in nur drei Jahren erbauen ließ, und so Unvergeßliches für die Wiener Bevölkerung leistete, oder an den Liberalen Josef Schöffel, den Retter des Wienerwaldes, ohne dessen Initiative der größte Erholungsraum aller Wienerinnen und Wiener längst nicht mehr wäre.

Dr. Wilhelm F. Kroupa
Sapphogasse 8/9
1100 Wien

Frau Meissner-Blau hat sich wohl eindeutig im Ton vergriffen. Gemäß § 17 Abs. 1 Strafgesetz sind Verbrechen vorsätzliche Handlungen, die mit lebenslanger oder mehr als dreijähriger Haft bedroht sind. Es handelt sich um die schwersten Delikte des Strafrechts überhaupt. Wenn eine solche Entgleisung bei einer Auseinandersetzung passiert, gibt es im normalen Umgang unter Menschen nur eines: Nämlich sich mit dem Ausdruck des Bedauerns zu entschuldigen. Die Flucht nach



CLAUDE KÜHNE

Holzfaller in der Hainburger Au

Vorahnungen in die Zukunft blicken. Jeder Optimismus ist unangebracht.

Dipl.-Ing. Wolfgang Grünwald
Baumgartenstraße 56/2/1
1140 Wien

Beim Lesen Ihrer Reportage „Wie eine Mette“ vom Protestfest in der Stopfenreuther Au fiel mir auf, daß Sie zwar Persönlichkeiten von den Grün- und Alternativparteien, der SPÖ und auch von der ÖVP nennen, aber Ihnen die Beteiligung von FPÖ-Aktivistinnen keine Erwähnung wert zu sein scheint.

Dies ist um so bedauerlicher, weil Sie dadurch vergessen, jenen Mann zu nennen, der das Ganze organisiert und veranstaltet hat. Dr. Herwig Raab, seines Zeichens FPÖ-Gemeinderat von Deutsch-Wagram, hatte die Idee zu dieser friedlichen Protestkundgebung und hat sie auch in die Tat umgesetzt.

Lange vor „Laufkäfer“ Freda Meissner-Blau und lange vor „Rothirsch“ Günter Nennig – schon in der Monarchie – setzten sich Persönlichkeiten des freiheitlichen Lagers

vor, wenn auch noch so beredt, ist da kein Ausweg. Der Sache eines echten Umweltschutzes, zu der sich der Schreiber dieser Zeilen als einer der Erstunterzeichner des seinerzeitigen Aufrufes gegen Zwentendorf bekennt, wird mit unsachlichen Beschimpfungen und Aggressionen ein schlechter Dienst erwiesen.

Dr. Franz Danimann
Herzgassee 96/3/1/5
1100 Wien

Es widerspricht meinem Gerechtigkeitssinn zu glauben, daß die Besetzer des Büros des niederösterreichischen Landeshauptmanns Ludwig am 27. November 1984 nicht bewußt von ihren Umweltberatern unter falschen Voraussetzungen in diese Fahrbahn dirigiert wurden. Denn abgesehen davon, daß wohl jeder weiß, daß ein Wasserkraftwerk die umweltschonendste, sauberste und billigste Energie erzeugt, so nimmt andererseits das Kraftwerk nach Fertigstellung kaum einen Bruchteil dessen der Landschaft weg, was beispielsweise durch die Verhüttung unserer Seen und

IMPRESSUM

CHEFREDAKTEUR:

Dr. Hans Magenschab

REDAKTION:

Inland: Gerald Freihofner (Stellvertreter der Chefredakteur), Herbert Geyer, Elisabeth Horvath, Dr. Christoph Kotanko • Kultur: Klaus Khittl, Ditta Rudle, Martin Schweighofer • Wirtschaft: Dr. Matthias Kattinger, Hannes Reichmann • Ausland: Prof. Dr. Lucian O. Meysels (Stellvertreter der Chefredakteur) • Wissenschaft: Sissy Danningner • Verkehr: Andreas Wollinger • Gesellschaft: Rudolph J. Wojta • Photos: Nora Schuster, Fred Langenhagen • Graphik: Andreas Berger • Karikaturen: Gustav Peichl (Ironimus).

MITARBEITER:

Georg Auer • Dr. Peter Breitschopf • Dr. Eleonore Thun-Hohenstein • Dr. Hanna Molden • Dr. Peter Wolf • Dr. Ernst-Werner Nußbaum • Mag. Adalbert Kopejtko • Monika Närr • Chris Hermann • Bonn: Karl Hugo Pruys • Genf: Johann G. Danes • Rom: Kurt Andrich • London: Carina Rys-Lafite • Paris: Hans Bartsch • Madrid: Hermann Deml • Brüssel: Benita Cles-Reden • Stockholm: Wolfgang Matt • New York: Rudolf Strasser • Washington: Peter Schroeder • New Delhi: Marcel Hahlweg • Jerusalem: Ronald Goldberger • Montevideo: Hermann Gebhardt.

Redaktionssekretariat: Beatriz Schiffer, Susanne Huber, 93 75 21/Durchwahl 231.

ANZEIGENLEITER:

Rolf Richter

Sekretariat: Andrea Kampe, Brigitta Boudnik, Tel. 96 21/DW 251, 253, Telex: 001 35869 (druwa).

MEDIENINHABER, HERAUSGEBER, DRUCK UND VERTRIEB:

KURIER Zeitungsverlag und Druckerei AG., 1070 Wien, Lindengasse 52.

ABONNEMENT:

1011 Wien, Marc-Aurel-Straße 12, Postfach 178, Telefon 66 16 70/DW 229.

ABONNEMENTPREISE:

1 Jahr S 790,-, Halbjahr S 420,-. (Aussland: zuzüglich Porto.)

ADRESSE DER REDAKTION:

1072 Wien, Lindengasse 52

TELEFON: (0 22 2) 93 75 21 DW

TELEX: 001 35869 (wopre)

zum Teil auch Waldgebiete bzw. durch Zweit- und Drittwohnhäuser sowie Appartement- und Ferienwohnblocks der Landschaft entzogen, zerstört und für immer verloren ist.

Ferdinand Schaffenrath
Köhlgasse 4
6094 Axams

Unzählige Fakten haben mich in letzter Zeit an Machtgehebe, Starrköpfigkeit, Intoleranz, mangelnde Gesprächsbereitschaft, ja sogar an Demokratieverdrossenheit denken lassen. Der Ernst der Lage ist mir aber durch eine lapidare Kleinigkeit bewiesen worden – und zwar beim ersten Zusammentreffen der Kraftwerksgegner mit Vertretern der Regierung. Sinowatz der „Schreckliche“ erschien mit grimmigem Gesicht, grüßte kurz und hockte sich auf seinen Hintern – quasi nach dem Motto: „Na, was wollts!“ Darauf erhob sich der „Unruhestifter und Wurstel“ Nennung, reichte seine Hand dem Kanzler und sagte: „Ich glaube, wir sollten uns zuerst die Hand geben.“ Als zivilisierter Mensch kann ich dazu nur sagen: „Danke! Das genügt, ich weiß alles!“ Wahre Größe zeigt sich gerade in Kleinigkeiten!

Peter Wimmer
Franzengasse 10/12
1050 Wien

Die Geschichten rund um „Hainburg“ kommen mir reichlich ominös vor. Sie handeln von Fakten und werden von Leuten abgehandelt, die bestenfalls als „Asphaltgräber“ zu qualifizieren sind. Eine Frau Meissner-Blau als Umweltschützerin darzustellen erscheint mir eher gewagt, hat sie doch ihr Leben in ganz und gar anderem Milieu verbracht und ist dadurch gar nicht in der Lage, diese Dinge rund um Hainburg richtig einzuschätzen.

Einen DDr. Nennung mit der Sache in Verbindung zu bringen ist

absurd. Er bleibt auch hier der „Kasperl“, als den ihn Bruno Kreisky einmal hingestellt hat. Aber auch die anderen „Agenten“ des Volksbegehrens sind alles andere als kompetent zu bezeichnen.

So bleiben also die Initiatoren des Volksbegehrens und der Anti-Hainburg-Kampagne als „Pflasterhirschen“ übrig, denn die Mehrheit der Österreicher ist ganz anderer Meinung, der nämlich, daß Recht und Gesetz eingehalten werden müssen, soll nicht die Demokratie vor die Hunde gehen; daß Strom aus Wasserkraft immer noch den Vorzug vor Strom aus kalorischen Kraftwerken hat und daß Marodeure – eine lächerliche Minderheit in Österreich – in etwa gar das Sagen hätten.

Dipl.-Ing. Stefan Auer
Himmelreichstraße 6
3390 Melk

Ich protestiere energisch gegen die Absetzung von Herrn Nennung und Frau Meissner-Blau durch Herrn Bacher! Wenn dieser seine Zivilcourage zugunsten eines Opportunismus abgelegt hat, so ist das seine Sache. Aber daß Leute wegen privater Meinungsäußerungen wie in totalitären Staaten mit Berufsverbot belegt werden, das ist neu. Wehret den Anfängen.

Max Jud
Thurnfeldgasse 2
6060 Hall

„Mehrheitsunfähig“
Zu einem Leitartikel von Chefredakteur Hans Magenschab (WOCHENPRESSE Nr. 48/84).

Ihre Auffassung, die Aussage Dr. Mocks zum Wahlsieg Ronald Reagans sei begeistert gewesen, kann ich nicht teilen. Sie war im Gegenteil eher ängstlich distanziert. Fast möchte man sagen, typischerweise und symptomatisch für den Zustand der ÖVP. Weder vertritt diese Partei eine klare weltanschauliche Linie, noch verfolgt sie konsequent gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ziele.

Mit Schielen auf Meinungsumfragen und „abzudeckende Wähler-spektren“ will man nur ja nirgends anecken und behauptet, die „politische Mitte“ zu vertreten. Das zeigt sich auch in dem neuen Werbesignet der ÖVP, dem Regenbogen: Die Volkspartei schillert in allen Farben. Wenn man näher hingeh, bleibt keine Substanz übrig.

Philipp Hartig
Fraktionsführer der JES in der
Österreichischen Hochschülerschaft
Neubaugasse 24/4
1070 Wien

„Quod licet Iovi“
Die Wochepresse (Nr. 50/84) glosierte eine Auseinandersetzung des FPÖ-Generalsekretärs mit der Polizei.

Würde sich ein Normalsterblicher erbrechen, einem Polizisten gegenüber mit den Worten „San S' blind!“ aufzutreten – eine Anzeige wegen Störung der öffentlichen Ordnung wäre das mindeste. Doch

der FPÖ-General Grabher-Mayer kann, wie Sie dankenswerterweise aufzeigten, sich solche Ausfalligkeiten erlauben. Genauso wie der FPÖ-Gesundheitsstaatssekretär ungestraft in zweieinhalb Stunden mit seinem Dienstwagen von Wien zum Wörther See rasen darf.

Und ich dachte, mit dem Einzug der FPÖ in die Regierung wäre es mit dem Motto „Quod licet Iovi, non licet bovi“ in Österreich bald zu Ende.

Franz Kugler
Ybbsstraße 58/12
1020 Wien

„Gefährlich“
Die Wochepresse (Nr. 50/84) brachte ein Interview mit ÖGB-Chef Anton Benya.

ÖGB-Chef Benya und die SPÖ-Spitze wollen einfach das Atomsperrgesetz umgehen. Wenn Benya das Gesetz als „Vereinbarung“ bezeichnet und mit einfacher Mehrheit Zwentendorf doch noch aufsperrn will, setzt er sich über den Willen von 1,6 Millionen Österreichern, die mit Nein zu Zwentendorf



Anton Benya

gestimmt haben, hinweg. Was für ein Demokratieverständnis!

Abgesehen davon ist Zwentendorf nicht die billigste Energie, sondern die teuerste. Zwentendorf würde nur 1,5 Prozent des Energiebedarfs decken, aber Nachfolgekosten (Sanierung, Atommülllager, Abwrackkosten usw.) von mindestens 20 Milliarden Schilling mit sich bringen. Die Kernenergie ist gefährlich und umweltschädigend, das zeigt Harrisburg oder Windscale, wo durch radioaktive Verseuchung die Krebsrate ums Zehnfache anstieg.

Peter Brkusic
Gewerkschafter gegen Atomenergie
D'Orsaygasse 7/4
1090 Wien

„Auf Halde“
Die Wochepresse (Nr. 48/84) berichtete über ein Panzergeschäft der Steyr-Werke mit dem Bundesheer.

Der Klub Kritischer Offiziere spricht sich schärfstens gegen Über-

legungen aus, das Bundesheer neuerlich als Auffangstelle für offenbar unverkäufliche Jagdpanzer der Firma Steyr zu benützen. Schon im Vorjahr war es zu ähnlichen Vorziehkäufen durch das Bundesheer, angeblich letztmalig, gekommen. Nun plant man auch dieses Jahr, die Bilanz der Firma Steyr auf gleiche Art zu verbessern und sich zusätzlich Zinslasten für auf Halde stehende Jagdpanzer zu ersparen.

Eine riskante und sich immer mehr als problematisch herausstellende Konzernpolitik darf nicht auf dem Rücken der Milizarmee korrigiert werden: das Landesverteidigungsbudget 1985 ist ohnedies bereits durch die Luftraumüberwachungsflugzeuge vorbelastet, so daß die für den planmäßigen Wiederausbau des Milizheeres gemäß Landesverteidigungsplan erforderlichen Mittel äußerst knapp sind. Zusätzliche Jagdpanzer erfordern darüber hinaus vermehrte Mittel für Munition, Ersatzteile, Treibstoff, Funkgeräte usw., die neuerlich große Budgetteile beanspruchen würden.

Die Infrastruktur des Bundesheeres ist weder materiell noch personell vorbereitet, wie es sich ja am Beispiel der im Vorjahr aufgedrängten 48 Jagdpanzer zeigt und wodurch die Armeeführung zu extremen Improvisationsmaßnahmen gezwungen wurde.

Johann Puchner, Obstdt dG
Klub Kritischer Offiziere
Neunkirchner Straße 12
2700 Wiener Neustadt

„Naturmittel“
Die Wochepresse (Nr. 48/84) berichtete über den Einsatz des Mittels Ukrain gegen Krebs.

Ich kann aus eigener Erfahrung der Heilmethode mit derartigen Heilmitteln nur zustimmen. Es wurden vor drei Jahren zufällig Knoten in einer Brust entdeckt. Die Knoten und Lymphgefäße wurden sofort durch eine Operation entfernt. Später wurde ich auch bestrahlt. Ich war schon lange Patientin von Herrn Dr. Schramm, der mich weiterhin gezielt gegen Krebs mit homöopathischen Mitteln und auch Injektionen behandelte. Wenn auch nicht direkt mit Ukrain, so enthielt manches Mittel die Heilpflanze Schöllkraut.

Nicht nur, daß ich auf Grund der Behandlung die Bestrahlung ohne irgendwelche Nebenerscheinungen überstand, hat sich bis jetzt keine weitere Krebserscheinung gezeigt, und ich fühle mich gesund und sehr wohl. Die Mittel müssen allerdings weiterhin eingenommen werden, und Kontrollen sind immer nötig. Ich bin fest davon überzeugt, daß durch derartige Naturmittel ein Weg zur Krebsbekämpfung gefunden wäre. Aber die Schulärzte...!

Edith Kam
Dr.-Eberle-Gasse 3, 1100 Wien

Es bleibt zu hoffen, daß auch maßgebliche Persönlichkeiten im

INSERENTEN

Auftraggeber (Agentur)	Seite
Amnesty International (Creative Communications)	2
Enzyklopädische Literatur (Intermail Marketing)	25
Hintermayer (-)	59
ITT Austria (DDB)	36/37
Multiple Sklerose (Promota)	7
Schuss-Triumph Adler (Advertiser)	5
Prospektbeilage: Enzyklopädische Literatur (Intermail Marketing)	

WOCHENPRESSE-Mediadaten

Reichweite: 2,2%
Leser pro Ausgabe: 139.000
davon 35% A-Schicht
51% Maturanten & Akademiker
28% mit über S 30.000,-
Haushalts-Nettoeinkommen

(Quelle: Media-Analyse 83)

IRONIMUS





Prügelt man nach dem vom Bundeskanzler verkündeten „Feiertagsfrieden“ die Au frei, wird der nächste Konflikt um Dürnrohr noch heftiger werden.

Wer kennt nicht das Paulinchen aus dem „Struwelpeter“?

„... als sie nun durch das Zimmer sprang mit lichtigem Mut und Sing und Sang, da sah sie plötzlich vor sich stehn ein Feuerzeug, nett anzusehen. Ei, sprach sie, ei wie schön und fein, das muß ein trefflich Spielzeug sein!“

Man weiß, wie es ausgeht: Zuerst ein paar Funken, dann sengende Kleider – zuletzt brennt alles lichterloh ...

Aus einem Streit um ein Betonband quer durch die aufgestaute Donau und einem Konflikt um Bäume in einer Au ist seit dem 19. Dezember ein politischer Flächenbrand geworden.

Beinahe eine Demokratiekrise.

Man muß dabei der Regierung zugute halten: Niemand hat bislang bei allen verbalen Auseinandersetzungen um das Kraftwerksprojekt annehmen können, daß es eine derartige Emotionalisierung bewirken könnte; und überdies hält sich die Regierung jetzt bloß an das, was sie in ihr Regierungsprogramm hineingeschrieben hat.

Daß es Landesrat Ernest Brezovszky in der Hand gehabt hätte, die Eskalation zu stoppen oder zumindest zu bremsen, ist jetzt bereits Kaffee von gestern. Wer hat schon von diesem Parteisoldaten erwartet, daß er vorhersehen hätte können, was er da auf die geschwinde Art anrichtet?

Nun hat die Regierung Sinowatz II just am 100. Tag ihrer Existenz prügeln lassen. Aber nicht, daß sie es tat, ist das Fatale – sondern wie das erfolgt ist.

Dabei sind alle mitschuldig. Natürlich auch wir in den Medien. Es wäre lächerlich, das leugnen zu wollen. Jeder Lokalaugenschein in der Au, jedes Kamerabild hat Emotionen geweckt und zur Eskalation beigetragen. Und daß das alles just in der Vorweihnachtszeit passierte, hat ungewollt einen weiteren Verstärkereffekt gehabt.

Das Groteske ist jetzt nur, daß der Bedarf von lächerlichen 360 Megawatt Strom aus Hainburg alle anderen Existenzprobleme dieses Landes zu überdecken droht; und daß der Eindruck vermittelt wird, die Sorge um elektrische Energie wäre schlechthin die Zentralfrage Österreichs. Weil diese nämlich leider bereits anders lautet: Können wir noch Vertrauen in die Art von Parteipolitik haben, die da praktiziert wird? Und ist diese repräsentative Form der Demokratie noch zeitgemäß? Vor allem aber: Hat die Regierung die Lösungskom-

petenz, auch emotional aufgeladene Fragen lösen zu können?

Es gibt jetzt für Sinowatz, Blecha & Steger zwei Optionen:

- Weiter durchgreifen – und durchprügeln; den Zeitplan der Donaukraftwerke

Flächenbrand

als Bedingung annehmen; der scharfen Sprache von Betriebsräten nachkommen.

- Oder sich Zeit lassen, den Vorwurf von ÖGB und Industrie ertragen, „umgefallen“ zu sein; und anerkennen, daß man sich im Bereich der Energiepolitik was Neues einfallen lassen muß.

Weil ja zum Beispiel ein gewaltsam erzwungener Bau von Hainburg das Problem nur runde 100 Kilometer donauaufwärts verlagern wird: nach Dürnrohr nämlich. Dort droht, mitten im Tullnerfeld, die nächste Besetzung. Nur daß dieses größte Kohlekraftwerk Österreichs halb fertig ist.



Gendarm, Au-Besetzer:
Zurück zu den Sach-Zusammenhängen

Glaubt irgendwer im Ernst, daß die Grün-Bewegung zusehen wird, wie dieses Werk so einfach in Betrieb geht, obwohl es schon so prominente Kombattanten wie den Wie-

ner Bürgermeister gibt und sich überdies Zehntausende Häuslbauer im Wienerwald bereits fürchten, daß jetzt ihre Buchen und Linden sterben werden?

Was also tun?

Hier ein Vorschlag:

Es müßte gelingen, energiepolitische Grundfragen in die ursprünglichen Sach-Zusammenhänge zurückzuführen.

Wie? Durch eine kühne Entpolitisierung.

Elektrizitätswerke sind nämlich profitable Dienstleistungsunternehmen und nicht politische Meierhöfe. Daher sollte man 49 Prozent der Anteile an allen vom Verstaatlichungsgesetz seinerzeit erfaßten E-Gesellschaften durch die Ausgabe von Belegschafts- und Volksaktien teilprivatisieren. Heute sind ja sogar die ÖIAG und ihre Unternehmen politisch unabhängiger in ihren Entscheidungen als Elektrizitätsgesellschaften; und von privatwirtschaftlicher Führung ist so lange keine Rede, solange nicht die Unternehmen, sondern die Politiker über jedes wichtigere Bauprojekt entscheiden.

Die Verquickung ist um so prekärer, wenn z. B. ein Landeshauptmann Aufsichtsratspräsident einer E-Gesellschaft und zugleich „Behörde“ im Verwaltungsverfahren ist – ein untragbarer Interessenkonflikt. Verantwortungsbewußte Politiker müssen unabhängige Schiedsrichter sein – nicht Partei in einem Konflikt.

Im Fall der Teil-Privatisierung würden automatisch auch die Entscheidungen in der Verbund-, in den Landes- und kommunalen Elektrizitätsgesellschaften transparenter werden; ja: Ich gehe so weit, vorzuschlagen, Grüne in die Aufsichtsräte einzubinden; damit sie ihre Vorstellungen direkt und sehr frühzeitig vorbringen können.

Springt die Regierung über ihren ideologischen Schatten, könnte sich mit einer solchen radikalen Vision ein Weg aus der Sackgasse finden lassen. Die Opposition wird kaum nein sagen können, macht doch Margaret Thatcher in England derzeit just ähnliches. Und die Alternativen könnten auf ihr Verantwortungsbewußtsein hin abgetestet werden. Ein Günther Nenning im Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft – oder ein Bernd Lötsch bei den Donaukraftwerken – warum sollte das pervers sein?

Man wird über Details nachdenken können.

Aber wenn man nichts tut und glaubt, daß sich der Protest totläuft oder niederknüppeln läßt – das wäre dann ein fataler Trugschluß. Der mehr bewirken könnte als bloß eine Regierung aus den Sesseln zu heben.



WOCHENPRESSE: Herr Doktor Salcher, Sie haben nun mit der Präsidentschaft der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz*) ein – mehr denn je politisches – Amt übernommen. Was hat Sie dazu bewogen?

weltschutz unter Garantie arbeitsplatzvermehrend. Hier ist ein weites Feld für qualitatives und quantitatives Wachstum.

WP: Glauben Sie, daß sich das Verhalten der Regierenden in der Hainburg-Frage bei den nächsten Wahlen rächen wird?

SALCHER: Uns von der Gesellschaft geht es nicht darum, eine politische

vielleicht nicht gern hören. Einen Umweltschutzminister zu haben und die Kompetenz des Wasserrechtes beim Landwirtschaftsminister, das ist widersinnig. Einen Umweltschutzminister zu haben und die Bundesanstalt zur Untersuchung der Wassergüte nicht im Bereich dieses Ministers zu haben, ist absurd.

WP: Ein demonstrativer Akt Steyrers, ein Protest, gar ein Rücktritt, hätte Ihrer Meinung nach nichts genützt?

SALCHER: Das hätte gar nichts gebracht. Es gibt konkrete Rechtsakte, die gesetzt wurden – aber die sind am Umweltschutzminister vorbeigelaufen. Und das ist ja das Unangenehme. Wenn er das Wasserrecht gehabt hätte, dann hätte er sich entscheiden müssen. So kann er nur seine Autorität als Umweltschützer einsetzen – aber das ist in der Politik zuwenig. Man muß auch faktische, rechtliche Möglichkeiten zur Umsetzung haben.

WP: Ihr Appell in der Vorwoche, „reden statt roden“, hat nichts gefruchtet. Trifft Sie das?

SALCHER: Es ist selbstverständlich, daß in einer bestimmten Situation, die schon soweit gediehen ist wie Hainburg, ein solcher Appell ein Appell an die Vernunft ist, der bei bestehenden Emotionen, bei losgetretenem Mißtrauen nichts mehr wirken kann. Es wird mir noch oft so gehen ...

„Quer durch die Seele des Volkes“

Mit Ex-Finanzminister Herbert Salcher, dem neuen Präsidenten der Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz, sprach Christoph Kotanko über die Lehren aus Hainburg.

SALCHER: Mein Vorgänger als Präsident dieser Gesellschaft, Herbert Moritz, wurde Minister, und es ist für eine Gesellschaft, die überparteilich zu arbeiten hat, nicht gut, wenn ein Minister Präsident ist. Als alter Umweltschützer habe ich nicht lange gezögert und auf Befragen ja gesagt.

WP: Ihr Vorgänger Moritz hat sein Amt zurückgelegt, weil die Gesellschaft eine klare Linie gegen das Kraftwerk Hainburg vertritt, die Regierung aber für den Bau ist und Moritz als Regierungsmitglied in eine Zwickmühle gekommen wäre. Wie ist hier Ihre Position?

SALCHER: Ich stehe zu allen diesbezüglichen Beschlüssen und Äußerungen der Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz. Das heißt seit den Resolutionen, die noch unter Moritz beschlossen wurden: nein zu Hainburg. Die Gegebenheiten haben sich seither nicht geändert.

„Jeder in Österreich muß unglücklich sein“

WP: Sind Sie nicht, als Umweltschützer und ehemaliges Regierungsmitglied, unglücklich über den Verlauf der Hainburg-Debatte?

SALCHER: Jeder in Österreich muß unglücklich sein, wenn die Fragen des Rechtsstaates einerseits und die Fragen des Umweltschutzes in der Weise, wie es jetzt geschieht, abgehandelt und erledigt werden.

WP: Mit ein Grund für die Härte der Auseinandersetzung dürfte sein, daß vor allem im Gewerkschaftsbund die Meinung verbreitet ist, Umweltschutz vernichte Arbeitsplätze. Wie sehen Sie dieses Argument?

SALCHER: Das ist ein unrichtiges Argument. Mittelfristig ist ein sinnvoller Um-

„Pressure-group“ zustande zu bringen. Nur wäre jeder Politiker gut beraten, unsere Vorschläge – etwa einen vom Volk gewählten Umweltschützer zu schaffen – wenigstens zu prüfen, und wenn er sie ablehnt, mit guten Argumenten abzulehnen. Und nicht deshalb, weil sie nicht von einer politischen Partei kommen. Auch solche Hausherrnstandpunkte haben wir in der österreichischen Innenpolitik ab und zu erlebt ...



Ex-Regierungsmitglied Salcher im WOCHENPRESSE-Gespräch: „Nein zu Hainburg“

WP: Finden Sie das Verhalten der offiziellen Umweltpolitiker, zum Beispiel von Minister Kurt Steyrer, in der Frage Hainburg richtig?

SALCHER: Das finde ich bei Steyrer deshalb angemessen, weil ich seinen Handlungsspielraum, der nicht sehr weit geht, kenne. Ich sage jetzt etwas, was Freunde

WP: Ist dieser Konflikt zwischen Emotion und Vernunft überhaupt zu bewältigen?

SALCHER: Ich bin nicht sicher, was in der Politik derzeit stärker ist: die Emotion oder die Vernunft. Vernunftmäßig kann man vielleicht Hainburg durchaus vertreten. Aber wenn die Emotionen hochgehen,

*) Die Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz (ÖGNU) ist ein Dachverband, dem derzeit 32 Vereine aller politischen Richtungen mit rund 1,5 Millionen Mitgliedern angehören.

INTERVIEW



WIEN REPORT

Demonstranten in der Au: „Ein griechisches Drama“

dann hat man nicht das Recht, mit Vernunftgründen irgend etwas durchzuziehen, was quer durch die Seele des Volkes geht.

WP: Vielen mißfällt, wie mit Hundertschaften von Polizisten gegen zum Großteil des Radikalismus unverdächtige Bürger vorgegangen wurde.

„Da prallen zwei Werte aufeinander“

SALCHER: Ich bin ja durch 40 Jahre Arbeit im Bereich der Gesellschaftspolitik trotz juristischer Ausbildung zum Menschen geworden. Es geht auch um einen anderen Wert, den man in der Rechtswissenschaft hochhalten muß, nämlich die Rechtssicherheit. Darum, daß etwas, was nach rechtlich einwandfreien Regeln umgesetzt wurde, auch ausgeführt wird. Das kann man nicht vom Tisch wischen.

WP: Ob Landesrat Ernest Brezovszky rechtmäßig entschieden hat, ist doch sehr umstritten.

SALCHER: Ja, das ist inhaltlich sehr umstritten. Aber formal haben die zuständigen Behörden entschieden. Da ist kein Millimeter Formverstoß. Es prallen also zwei Werte aufeinander, die man nicht mehr leidenschaftslos abwägen kann – einmal Rechtsstaat, Rechtssicherheit, zum anderen die Umwelt, die Erhaltung der Natur. Die Beurteilung, welcher Wert höher ist, macht in Wahrheit die gegenwärtige politische Schwierigkeit aus.

WP: Sehen Sie einen Ausweg?

SALCHER: Ich habe gesagt, reden statt roden, denn ich weiß nicht, ob man nicht mehr zerstört als eine Au, die schutzwürdig ist. Ob man da nicht viel zerstört, was wir nicht mehr zustande bringen – Glaubwür-

digkeit zum Beispiel ... Wenn ein Politiker solche Gefahren sieht, dann muß er spannend wirken und nicht die Spannung verstärken.

WP: Gibt es hier eine klare Schuldzuweisung an einzelne Personen?

SALCHER: Ich sehe das beinahe schicksalhaft, wie ein griechisches Drama. Jeder glaubt recht zu handeln, und beide Teile kommen am Ende in eine unlösbare Situation. Es macht nun einmal die Politik aus, daß man in solchen Situationen nicht zu einer Verhärtung der Standpunkte beiträgt, sondern versucht, eine Lösung zu finden. Darum habe ich gemeint, man müßte alle Argumente noch einmal prüfen. Der Schaden, der durch den raschen Baubeginn für

unsere Gesellschaft eintritt, wird leider größer sein als der wirtschaftliche Nutzen, den man damit erreicht. Aber ich verstehe auch die Gewerkschafter. Es geht um Arbeitsplätze, um saubere Energie. Das macht eine öffentliche Äußerung sehr schwer.

„Das ist nicht der Stil, der mir taugt“

WP: Jedenfalls sind von beiden Seiten Meinungen verbreitet worden, die alles andere als wohlüberlegt waren.

SALCHER: Der gute Ton ist in einer Zeit der Emotion nicht gefragt. Ich habe Frau Meissner-Blau sehr deutlich gesagt, daß der Ausdruck „Umweltverbrecher“ von mir nicht goutiert wird. Ebenso schlechter Ton ist es, wenn man eine Klassentrennung Studenten – die arbeiten nix – und Arbeiter – die arbeiten – macht. Das ist nicht der Stil, der mir taugt.

WP: Fürchten Sie nicht, daß im März, wenn der Konservierungsbeschluß für das Atomkraftwerk Zwentendorf endgültig ausläuft, dasselbe passiert?

SALCHER: Das fürchte ich nicht. Denn ich glaube, daß man Zwentendorf nie ohne Volksabstimmung erledigen kann. Die gefährlichsten Leute auf beiden Seiten sind die, die glauben, allein die Weisheit gepachtet zu haben. Wenn es in einer Demokratie direkte Mehrheitsabstimmungen gibt, wird niemand das Recht haben, dagegen zu demonstrieren.

WP: Hätten Sie das auch als Ausweg aus dem Hainburg-Dilemma gesehen?

SALCHER: Ja, das hätte ich so gesehen.

Staatsgewalt in der Au: „Verhärtung der Standpunkte“

CLAUDE KÜHNE



GRÜN-ALTERNATIVE

EINS UND EINS
IST DREI

Grüne und Alternative nützten die Zeit der Au-Besetzung zu Gesprächen über eine gemeinsame Plattform für Bundespräsidenten- und Nationalratswahl.

VON HERBERT GEYER

Eine gemeinsame Nacht in der verschneiten Hainburger Au und eine Gesprächsrunde im Wirtshaus von Stopfenreuth machten möglich, was noch vor der letzten Nationalratswahl undenkbar schien: Vereinte Grüne (VGÖ) und Alternative Liste (AL) wollen nun auch auf Bundesebene gemeinsam agieren.

Das große Vorbild: der Vorarlberger Wahlerfolg unter Kaspanaze Simma.

Der bewiesen hat, daß eins und eins drei sein kann – oder auch noch mehr: Die Liste des urigen Wälder-Bauern erreichte im Ländle dreimal so viele Stimmen wie VGÖ und ALÖ bei der Nationalratswahl 1983 zusammen. Damals versäumten Grüne und Alternative den Einzug ins Parlament nicht zuletzt deshalb, weil sie auf getrennten Listen kandidierten – rechnerisch hätten die beiden Gruppierungen zusammen genug Stimmen bekommen, um in Oberösterreich ein Grundmandat zu erringen, weitere Grundmandate in Wien und in der Steiermark waren in greifbarer Nähe.

Seit dem gemeinsamen Hainburg-Erlebnis ist Einigkeit Trumpf. Innerhalb weniger Stunden einigten sich VGÖ-Chef Josef Buchner und sein Generalsekretär Wolfgang Pelikan mit den drei Bundesgeschäftsführern der Alternativen Liste, Ali Gronner, Doris Eisenrigler und Andreas Wabel, zunächst über ein gemeinsames Vorgehen in der Frage Hainburg und dann auch gleich über einen Zeitplan für das weitere Procedere: Zunächst sollen die Verhandlungen über eine gemeinsame Kandidatur bei den oberösterreichischen Landtagswahlen im nächsten Herbst abgeschlossen werden – bis auf die Frage der Spitzenkandidaten in den einzelnen Wahlkreisen sind dort bereits alle Probleme so gut wie gelöst.

Und dann – möglichst noch im Jänner – wollen die beiden Parteien beginnen, auch bundesweit an einer gemeinsamen Plattform zu zimmern. Fernziel: die Nationalratswahlen 1987.

Ihrer ersten Bewährungsprobe soll die gemeinsame Plattform bereits im Frühjahr 1986 unterzogen werden, wenn der Nach-



FRED LANGENHAGEN

Grüne Neo-Politiker Meissner-Blau, Nennung, Simma: „Schön ist die Welt“

folger von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger – der nicht mehr kandidieren darf – zur Wahl ansteht.

Grüne und Alternative wollen dabei einen gemeinsamen Kandidaten präsentieren.

Genauer: eine Kandidatin.

Über deren Person noch striktes Stillschweigen gewahrt wird. Favoritin: die Sozialistin, Gewerkschafterin und neue Jeanne d'Arc der Grünen, Freda Meissner-Blau.

„Ich kann mir persönlich durchaus vorstellen“, steckt AL-Geschäftsführer Ali Gronner die Möglichkeiten der kommenden Gespräche ab, „daß wir ein Bündnis machen – auf der Basis der Weiterexistenz

er der grün-alternativen Bewegung enormen Schaden zufügen.“

Eine Namensliste mit Kandidaten wie Erika Pluhar oder André Heller, wie sie Journalistengewerkschaftsboß Nennung ins Gespräch gebracht hat, wäre für den VGÖ-General nicht mehr als ein „Kuriositätenkabinett“, das „politisch wohl nur kurzfristig wirksam“ wäre.

„Wenn der Nennung oder andere politisch interessierte Leute aus dem Konrad-Lorenz-Volksbegehren sich politisch weiter betätigen wollen“, hat der ehemals blaue Pelikan eine Lösung parat, „dann müßte für diese Leute auch Raum sein auf unserer Plattform.“

Womit die Vereinten Grünen dann wirklich vereint wären.

Für den Meinungsforscher Fritz Karmasin, Leiter des Gallup-Instituts, eine conditio sine qua non für den Einzug Grüner ins Parlament – aber noch nicht genug:

Allgemein, so Karmasin, lasse sich nicht sagen, ob eine gemeinsame Kandidatur zweier so inhomogener Gruppen wie VGÖ und ALÖ mehr oder weniger Wähler anlockt als die zwei getrennten Listen: „Das hängt von der personellen Konstellation ab, wie glaubwürdig die beiden Gruppen sich als eine präsentieren. In Vorarlberg war Kaspanaze Simma so eine Integrationsfigur. Auf Bundesebene stellt sich die Frage: Wer kann das?“

Günther Nennung, das ist Karmasin überzeugt, könnte. Wenn alle Beteiligten wollen.

„Wenn ich dasitze und keiner kommt, so mach' ich Ortsnamenforschung“, umreißt Rothirsch Günther Nennung seine politischen Pläne. „Aber wenn wer kommt, spring' ich auf, sag' schön ist die Welt' und stürz' mich hinein. Allein mach' ich sicher nichts – und ich mach' vor allem nichts, was den Grünen schaden könnte.“

Und: „Eine eigene Liste – das kann ich völlig ausschließen.“

„Wenn wer kommt, spring' ich auf“

beider Parteien, mit einem Programm, das ebensoweit reicht, wie man sich einigen kann.“

Jedenfalls hat sich Gronner das Parteiprogramm der Vereinten Grünen sehr genau angeschaut und dort „eine Menge Berührungspunkte“ gefunden, „auch solche, die über den Umweltschutz hinausgehen“.

Wovon auch VGÖ-Generalsekretär Wolfgang Pelikan überzeugt ist. Seine größte Sorge: „Es wäre sehr traurig, wenn wir bis zur Wahl womöglich die Arbeit geschafft hätten, aus VGÖ und ALÖ eine Plattform zu zimmern – und dann kommt vielleicht fünf Minuten vor zwölf, von dieser oder jener Zeitung unterstützt, eine andere Liste, mit der wir uns die vor allem jungen Wähler aufteilen würden.“

Denn: „Ich halte den Günther Nennung schon für einen ernsthaften Politiker, aber wenn er tatsächlich auf einer eigenen Liste kandidieren will, wie er gesagt hat, würde



REPORTAGE

Am Anfang war das Chaos. Organisation gab es praktisch keine. Wer da war, war freiwillig da und mußte selbst wissen, was er zu tun hatte. Gemildert wurde die Desorganisation bloß dadurch, daß jeder

leicht – wir haben ja ein gemeinsames Ziel. „Venceremos – Wir werden siegen“, grüßen die meisten.

An den Lagerfeuern wird viel gesungen. Der Hit ist die Bundeshymne – wenn auch zuweilen mit etwas verfremdetem Text.

„Sag mir, wo die Blumen sind“

Wie Ludmilla Kalnocky*) die Hainburger Au, die Angst vor der Polizei und die Gemeinschaft der Ausschützer erlebte.

bereit war, dem anderen zu helfen.

Wer ohne Schlafsack in die Au gekommen war, konnte sicher sein, bei anderen unterzukommen. Decken, Anoraks und die körperliche Nähe der anderen Zelt-Mitbewohner lassen Kälte nicht aufkommen, auch wenn es draußen Minusgrade hat.

Inzwischen haben sich Organisationstalente gefunden, die die anfängliche Unordnung beseitigt haben. Jetzt klappt alles wie am Schnürchen. Zum Beispiel die Versorgung mit Nahrungsmitteln: In der Sammelstelle in Stopfenreuth, wo auch ortskundige Führer bereitstehen, um Neuankömmlinge ins Sperrgebiet zu schleusen, werden laufend Lebensmittel abgegeben – auch wenn es wie eine Phrase klingt: aus allen Kreisen der Bevölkerung. Da entlädt der gepflegte Pensionist den Kofferraum seines blankgeputzten Kadett, da hat die Sozialhilfempfängerin ihre Ersparnisse zusammengekratzt, um auch etwas tun zu können, da demonstrieren offensichtlich wohl situierte Bürger durch ihre Spende Solidarität mit den Ausschützern.

Unermüdliche Ortskundige schleppen die Nahrungsmittel unter Umgehung der zahlreichen Hundepatrouillen durch Gestrüpp, Schilf und Schlamm in die Lager. Bei der Verteilung gibt es keine Probleme: Jeder bekommt, was er braucht, nichts verkommt. Da kann es passieren, daß einer

Aber auch Volkslieder, die wir alle irgendwann in der Schule gelernt haben, hört man oft – „Wahre Freundschaft soll nicht wanken“ oder „Sag mir, wo die Blumen sind“.

Das Gemeinschaftsgefühl beim Singen, das Reden über die eigenen Sorgen und Ängste gibt Kraft durchzuhalten. Auch wenn es schwer ist. Viele haben geweint vor Verzweiflung, wie die Polizisten mit Schlagstöcken auf uns losgegangen sind, obwohl wir das vorher geübt haben, um im Ernstfall Verwirrung und Chaos möglichst zu vermeiden. Einige stellten sich als „Polizisten“ zur Verfügung und wurden mit Zeitungsrollen bewaffnet. Wenn sie damit auf die sitzenden Demonstranten losgehen, kommen die Nichtangegriffenen den Opfern zu Hilfe, indem sie sich schützend über sie werfen.

Wenn dann wirklich Polizisten kommen und mit echten Schlagstöcken auf dich

losgehen, ist trotzdem alles anders. Natürlich haben wir Angst. Vor allem vor den Hunden, die, wenn sie losgelassen werden, noch weniger Hemmungen haben als die Menschen.

Aber es ist unglaublich zu sehen, wie alle trotz ständiger Anspannung – wenig Schlaf, Kälte, Nässe und Gewaltmärsche – freundlich und offen bleiben. Und gerade das brutale Vorgehen der Wiener Polizei, die Angst vor dem nächsten Angriff, machen aus uns ein enge Gemeinschaft, in der sich jeder auf den anderen verlassen kann.

Und wir wissen auch, daß wir Hilfe von außen bekommen. In der Zentrale laufen dauernd Nachrichten von Einheimischen über Standorte und Verschiebung der Polizeikontrollen ein. Stündlich versammeln sich die Ausschützer um die spärlichen Radiogeräte, um die Nachrichten zu hören. Es ist ein unheimlich gutes Gefühl, wenn Meldungen, wie zum Beispiel die Anzahl der Demonstranten bei der Wiener Kundgebung oder spontane Solidaritätsbezeugungen irgendwelcher Gruppierungen unter Freudentränen aufgenommen werden.

Jeden Morgen bringen Kolportiere „Kurier“ und „Krone“, die regelrecht verschlungen werden. Es ist gut zu wissen, daß die Journalisten nicht der Desinformation des Innenministeriums auf den Leim gehen.

Und es tut gut zu wissen, daß wir nicht allein sind. Wir werden immer mehr, und wir werden durchhalten.

Venceremos.

*) Ludmilla Kalnocky, 20, Physikstudentin und Tochter einer steirischen ÖVP-Bundesrätin, ist eine unter Tausenden Besetzern in der Hainburger Au.

Einsatz in der Au: „Wenn es ernst wird, ist trotzdem alles anders“



VIENNA REPORT

„Kontakt zu finden ist leicht“

eine halbe Tafel Schokolade zurückbringt, die in einem Zelt übriggeblieben ist, um sie jemand anderem zukommen zu lassen.

Auch die Entsorgung ist perfekt organisiert. Eine Firma hat grüne Plastik-Häuschen zur Verfügung gestellt, die auf die Lager verteilt wurden. Alle sind diszipliniert und halten sie – und die Au sauber.

Wir sind viel unterwegs und durchstreifen das Gelände, das die meisten von uns ja kaum kennen. Überall trifft man Bekannte oder alte Freunde, die man längst aus den Augen verloren hat. Kontakt zu finden ist



VOLKSBEGEHREN

WEGKREUZUNG

Durch den massiven Polizeieinsatz am 19. Dezember in der Stopfenreuther Au wurde mehr bewirkt als bloß die Rodung eines Grundstücks. Staatslenker und alternative Geister stehen einander trotz Waffenruhe unversöhnlich gegenüber.

VON CHRISTOPH KOTANKO

Donnerstag war Kinotag für Karl Blecha. Der für den Einsatz der Exekutive in der Stopfenreuther Au verantwortliche Innenminister ließ sich ein brisantes Dokument vorspielen: Den von seinen Polizeibeamten gekurbelten Film, der das Aufeinandertreffen von Demonstranten und Sicherheitskräften in detail festhält.

Blecha hinterher: Das Vorgehen der Uniformierten sei im großen und ganzen korrekt gewesen, in einzelnen Abschnitten seien allerdings „alte Rechnungen“ zwischen Wiener Beamten und ihren Gegnern

PRESSE-Redaktion auf und schilderten, wie mit ihnen umgesprungen worden war. Die Gendarmen und Polizisten hätten „ein perfektes Chaos“ inszeniert, einzelne Uniformträger mit dem Schlachtruf „Die Säue prügeln wir nieder“ Jagd auf Jugendliche gemacht: „Sie haben sogar auf Mädchen losgedroschen. Uns sind allen die Tränen heruntergeronnen. Ich hätte so etwas in einem Land wie Österreich nie für möglich gehalten“, schildert Klaus Truschner, Student der Veterinärmedizin, dessen Arme mit blauen Flecken übersät waren.

wie Bundeskanzler Sinowatz und Gewerkschaftspräsident Benya, nicht ernst nehmen – und wie könnten Sie auch. Andererseits, daß Sie und Ihresgleichen im Vergleich zu denen tatsächlich alt sind, unflexibel, nicht mehr imstande, neue Bedürfnisse auch nur entsprechend wahrzunehmen, geschweige denn zu verstehen.“

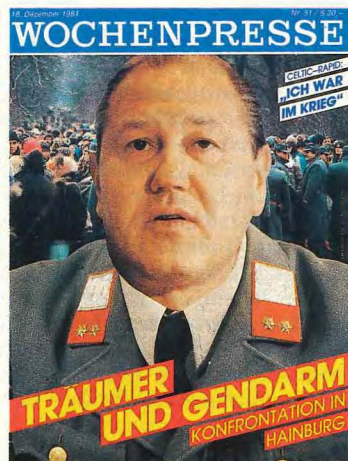
Doch Kritiker wie Henisch attackieren Blecha, der unentwegt auf die Rechtmäßigkeit seines Vorgehens hinweist, und meinen in Wahrheit mehr.

Nämlich diesen Staat, wie er sich in Stopfenreuth selbst darstellte.

„Durch die Destabilisierung unseres Gesellschaftssystems wird es den verschiedensten Gruppen erleichtert, ihr eigenes Süppchen zu kochen“, vermutet der Obmann des niederösterreichischen SPÖ-Landtagsklubs, Hermann Lechner. Der Bogen reiche dabei „von der KPÖ über rechtsradikale Organisationen bis zu alternativen Gruppierungen, die aus dem Ausland massiv finanziell unterstützt werden“.

Nachsatz Lechners: „Auch manche Medien haben aus wirtschaftlichen oder politischen Interessen eine Kampagne entfacht, die den sozialen Frieden gefährdet“.

„Krone“ im Visier.



Kontinuierliche WOCHENPRESSE-Berichterstattung über Hainburg: „Neue Bedürfnisse wahrnehmen“

noch aus dem Gassergasse-Konflikt beglichen worden.

Dabei floß Blut.

Insgesamt 19 Personen wurden verletzt, als 800 Ordnungshüter mit einer Menschenkette eine fußballplatzgroße Fläche sichern wollten, um die Fortsetzung der Rodungsarbeiten für den Bau des Kraftwerkes Hainburg zu ermöglichen. 40 Demonstranten wurden festgenommen, angezeigt und nach der Einvernahme wieder auf freien Fuß gesetzt.

Daß bei dem Kraftakt des Innenministers auch Unbeteiligte zum Handkuß kamen, ist inzwischen erwiesen. Noch am Abend des Kampftages tauchten lädierte Funktionäre der Hochschülerschaft in der WOCHEN-

Jahrelang hatten sich Politiker und Bürger selbstgewiß des „österreichischen Weges“ gerühmt.

Doch an diesem 19. Dezember, dem „Tag der Schande“, wie die „Kronen-Zeitung“ tobte, kam die Wegkreuzung.

Roden oder reden.

Der Schriftsteller Peter Henisch („Bali“) in einem offenen Brief an Karl Blecha: „Sie waren einmal der ‚Charly‘, auf den die Parteijugend, der auch ich peripher angehört habe, ihre Hoffnungen gesetzt hat. Aber das ist lange her. Inzwischen bezeichnen Sie auch Leute Ihres oder noch etwas fortgeschritteneren Alters pauschal als Jugendliche, und das hat etwas zu bedeuten: Einerseits, daß Sie diese Menschen, ähnlich

Schon seit langem wuchern Spekulationen, warum das Kleinformat so groß in die Grünpolitik einsteigt. Vor allem das Engagement beim Konrad-Lorenz-Volksbegehren regt Rechercheure an und auf (siehe Dokumentation Seite 22).

Hans Dichand, Hältteeigentümer des Boulevardgiganten, dazu: „Es ist kein Dichand-Volksbegehren, es ist kein ‚Krone‘-Volksbegehren, und wir finanzieren es auch nicht. Richtig ist, daß wir es unterstützen und den Volksbegehrenslauten am Anfang auch die Möglichkeit gegeben haben, bei uns auf Kredit zu inserieren.“

Steuerliche Hintergründe, so Dichand, gibt es nicht: „Wenn wir es deswegen

Fortsetzung Seite 24



Der Weg in die eisige Au begann schon Mitte Jänner in der noblen Bar des Wiener Hotels Bristol. Dort habe Hans Dichand, berichtete Günther Nenning hinterher stolz, ihm vorgeschlagen, Kolumnist der „Krone“ zu werden: „Das habe ich abgelehnt, aber vereinbart, daß ein von mir und Jörg Mauthe abgefaßtes ‚Manifest‘ und ein zugehöriger, derzeit in Produktion befindlicher Fernsehfilm in der ‚Krone‘

Griff. Wenn's nach den Basisdemokraten gängen wär, war nie was draus wurn.“

Damit etwas daraus werden konnte, mußte Nenning noch mit Kurt Falk reden, dem „Krone“-Miteigentümer. Die geplante Inszenierung eines Volksbegehrens dürfte die Kompetenzen Dichands als Alleingeschäftsführer der „Kronen-Zeitung“ doch überstiegen haben, und seine eigene Gesprächsbasis mit dem Co. wird Dichand eher mies eingeschätzt haben.

„Das Konrad Lorenz-Millionen-Bingo“

Eine Dokumentation von Gerhard Oberschlick¹⁾ über direkte Demokratie, ihre Handhabung und Finanzierung, demonstriert am Beispiel des „Krone“-Volksbegehrens.

erscheinen sollen. Dichand schlug dies vor und dazu noch, daß die ‚Krone‘ mit einer ‚Kampagne‘ (Leserbriefe usw.) nachstoßen wolle.“

Das „usw.“ zu den Leserbriefen, Dichands Nachstoßkampagne, heißt jetzt „Konrad-Lorenz-Volksbegehren“. Die Show läuft in allen Medien und zeigt: Die fast komplette Opposition gegen die Wegwerfgesellschaft, weit weg vor den Toren der Stadt, frierend, konzentriert, umzingelt, zerschlagen.

Die Sympathisanten einer „neuen Politik“ und der „letzten Naturreserven“ freuten sich naturgemäß über die mediale Unterstützung, gar über die so ganz besonders hilfreiche „Krone“. Betrübten mochte sie wohl, „daß der Dichand nichts ausläßt, was nicht direkt mit der Zeitung zusammenhängt“, denn, so berichtet Lukas Lesing im Dezember-„Wiener“, „das sagen sie alle: Die ‚Krone‘ bezahle nur die Beilage von Erlagscheinen oder Unterschriftenvordrucken in der Zeitung, sonst nichts!“ Von wem aber kam das Geld für Inserate und Plakate?

Waren die Proponenten Abenteurer oder merkten sie sicherheitshalber nicht, was hinter ihrem Rücken geschehen sollte:

Am Wochenende des 4./5. Mai beschloß zumindest Nenning ihre „Vorschläge an ‚Krone‘ (Herrn Dichand)“. Den angenommenen Kosten standen da nur völlig vage Bedeckungsvorschläge gegenüber.

„Das nennt man“, freute sich Nenning danach in seiner Redaktion, „demokratischen Zentralismus. Ich habe alles fest im

Am 8. Mai, gegen Abend, telefonierte Nenning mit Falk, dem er nach eigenen Angaben ein O.K. entlockte. Nur zwei kleine Bedingungen habe Falk sich ausbedungen: kein „Krone“-Volksbegehren und alles muß steuerlich absetzbar sein.

Das fand Nenning billig: Er habe gleich Rat gewußt und vorgeschlagen, die „Krone“ solle Unterschriftsvordrucke und sonstige Inserate zum normalen Tarif an die Österreichische Hochschülerschaft fakturieren, die nicht zahlt, worauf die „Krone“ die Rechnungsbelege als uneinbringlich abbucht; zur Vorfinanzierung werde ein „Verein für direkte Demokratie“ gegründet, natürlich ein „Vorstandsverein“, damit nicht irgendwelche dahergelaufenen Mitglieder dreinreden können; der Verein solle Darlehen erhalten, später in Konkurs gehen, wodurch die Darlehen steuerlich absetzbar würden.

Falk habe jedenfalls sein O.K. gesagt zu all diesen journalistischen Vorstellungen des gewählten Standesvertreters.

Am 13. Mai, so Nenning, habe Friedrich Dragon, der Blattmacher der „Krone“, ihm mitgeteilt, daß Falk alles bestätigt habe: Die Eigentümer würden nun schriftlich vereinbaren, „daß die ‚Krone‘ Mittel für das Volksbegehren bereitstellt“.

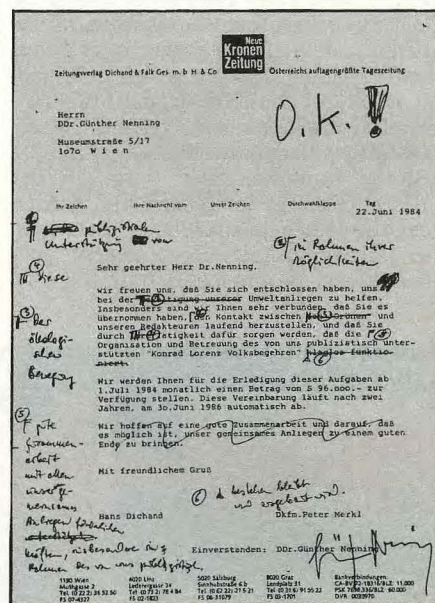
Am 15. Mai fertigte Nenning geeignete Statuten für einen Verein „Konrad-Lorenz-Volksbegehren/Verein zur Förderung der direkten Demokratie“, bei dessen Gründungsversammlung am 16. Mai er sich als Schriftführer und Kassier inthronisierte. Für die minderen Funktionen eines Obmanns und Vizeobmanns fand er Gerhard Heilingbrunner und Martin Fasan.

Martin Fasan: „Wir stimmen alles demokratisch ab, aber der Nenning hat halt ein riesiges Know-how. Wenn der was sagt, dann fährt die Eisenbahn drüber.“ Das hübsche „aber“ läßt sich erklären: Um die demokratische Abstimmung rationell zu gestalten, erfand Nenning, was er „Rund-



PHOTOS: NORA SCHUSTER

„Krone“-Chef Dichand, Faksimile: Treffen in der Bristol-Bar



lauf/Berichts- und Beschlußprotokoll des Vorstands“ nannte.

Nenning: „Die Rundläufe gelten als schriftliche (unterschriftliche) Beschlußfassungen des Vorstands. Für Beschlüsse sind gemäß Statut erforderlich: a) Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Vorstandsmitglieder, also von 4 Mitgliedern 3; b) die einfache Mehrheit der Anwesenden, also von 3 Anwesenden 2. Es soll aber getrachtet werden, ohne Aufenthalt für die Geschäfte, unter jedem Rundlauf womöglich mehr als 2 Unterschriften (welche genügen) zu versammeln, möglichst alle“ (7. Juni).

Indem er die statutengemäße „Anwesenheit von Vorstandsmitgliedern“ bei gemeinsamer Beschließung umbog zur nachträglichen „Versammlung von Unterschriften“ auf einsam verfaßten Rundschreiben, ersparte der Termingeplagte nicht nur sich kostbare Sitzungszeiten, jeden „Aufenthalt der Geschäfte“ durch womöglich lästiges Diskutieren vermeidend; seine eigene Autorität betonierend, ersparte er auch den übrigen die Teilnahme an der Entscheidungsfindung.

¹⁾ Gerhard Oberschlick war Organisator des Volksbegehrens gegen das Bundesheer, ab 1975 freiberuflicher Verlagsleiter, ab 1982 auch Chefredakteur des „FORVM“. Seit März 1984 ist er freier Autor.



DOKUMENTATION



Grüner Nenning, Faksimile:
„Demokratischer Zentralismus“

GÜNTHER NENNING
MUSEUMSTRASSE 2 - A-1190 WIEN

Wien, 30/10/84
GN/e

An die
Kronzeitung
z. Hd. Herrn Dipl. i. Pm. Peter Merkl
1190, Muthgasse 2

Sehr geehrte Herren,

als anscheinend einzig mögliche rasche Linderung der dringenden Geldnöte des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens akzeptiere ich die von Ihnen vorgeschlagene Lösung gemäß beiliegenden Brief. Die daraus erfließende Geldsumme ist identisch mit dem von uns gemeinsam ermittelten unmittelbaren Bedarf des KLVB zur Zahlung von offenen Rechnungen. Die gesamte aus diesem Vertrag erfließende Summe wird von mir für Zwecke des Umweltschutzes gestiftet, auf einem eigenen Konto angelegt, über das ich ausschließlich gemeinsam mit Vorstandsmitgliedern des KLVB und gemäß Vorstandsbeschlüssen Zeichnungsberechtigt bin.

Ich betrachte diesen Brief als integralen Bestandteil der von mir gegengezeichneten brieflichen Vereinbarung.

Mit den besten Empfehlungen

Günther Nenning

P.S. Den Betrag wollen Sie bitte auf Konto Nr. 0943-31865/00 überweisen.

Beilage: gegengezeichneter Brief

Weil auch den engsten organisatorischen Mitarbeitern nicht sicher alles verborgen bleibt und weil sie Studien und sonstige Jobs aus Idealismus naturgemäß vernachlässigen müssen, empfiehlt es sich, möglichst wenigen möglichst wenig Geld zu geben. Monatlich je 5000 Schilling für das knappe Zutend in den Büros des Volksbegehrens sind nicht genug, jemanden zu kaufen, wohl aber, subkutan jene Dankbarkeit zu injizieren, die nach dem Woher des Geldes nicht fragt.

Dazu wissen ohnedies alle, daß es allein durch Nenning kommt, der seine Beschlüsse, in „Wunschlisten“ umgeformt, an das Christkind schickt – per Adresse Dichand.

Christkind soll, als gewählter Hauptfinanzier, das Finanzamt sein.

Gemessen am Gewinn der „Kronen-Zeitung“ – die Branche schätzt zwischen 100 Millionen und einer halben Milliarde jährlich – sind solche Zusatzgewinne freilich ebenso läppisch wie die kostenlose Werbung. So wird die Kleinlichkeit der Dotierung (laut „Welt der Arbeit“ 2,376 Millionen) nur verständlich durch den

Widerstand Kurt Falks gegen die Kampagne seines ungeliebten Partners: Seit August kam Geld nur noch bestenfalls tröpfchenweise.

Während seiner Verhandlungen mit Dichand und/oder dessen Verlagsleiter Peter Merkl formulierte Nenning, im Vertrauen auf den großen Bruder und mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns: „Betrifft: Sanierung. Dem Verein ‚Volksbegehren‘, mit einem Schuldenstand von derzeit etwa zwei Millionen Schilling, dürfte bis Monatsende Oktober die Sanierung gelingen. Damit die herumliegenden Rechnungen zu zahlen ist phantasielos.“

Am 29. Oktober traf bei ihm endlich ein seltsamerweise mit 22. Juni datiertes, aber nicht gefertigtes Anbot auf Briefpapier der „Krone“ ein, das Nenning mit deutlichem Ärger wie für den Druck redigierte (siehe Faksimile) und mit Datum 30. Oktober annahm; nicht ohne in einem Begleitbrief zwecks besserer Optik und zu seiner eigenen steuerlichen Entlastung klarzustellen, daß er sein Honorar als Kontaktmann der „Krone“-Redaktion zur ökologischen Bewegung (2,3 Millionen in monatlichen Beträgen von 96.000 Schilling durch zwei Jahre, offenbar rückwirkend ab 1. Juli) trotz des angegebenen Zahlungsgrundes nicht als persönliches Einkommen gewertet sehen will.

Ob dieser Vertrag zustande kam ist fraglich, weil Dichand inzwischen einen Weg gefunden hat, Falks Bedingungen zu unterlaufen: Das Volksbegehren ist jetzt als „Die ‚Krone‘-Umwelt-Initiative“ plakatiert.

Alle bisherigen Volksbegehren artikulierten in Wahrheit die Wünsche großer gesellschaftlicher und ökonomischer Mächte. Kirche, Gewerkschaft, Parteien und Zeitungen haben in der Zweiten Republik „Volksbegehren“ initiiert, finanziert, organisiert. Wo es gewöhnliche Bürger versuchten, scheiterten sie an den schieren Kosten, ihr Begehren öffentlich auch nur mitzuteilen.

So sorgfältig stumpf konstruiert sind bei uns die Instrumente der direkten Demokratie.

Auch diesmal ist es ein Medienbegehren, das die „Krone“ initiiert und finanziert, sogar von Anbeginn dominiert hat, aber zunächst nicht öffentlich völlig vereinnahmen wollte. Die übrigen Branchengrößen stiegen dankbar ein, im Vertrauen auf Dichands legendären „Riecher“ folgten sie ihm blindlings in die gefährlichste innenpolitische Krise der Zweiten Republik seit Olah. Dichand (über sich: „Ein Grüner bis ins Mark“) verließ sich auf den „grünen Staberl des ‚profil‘“ (Nenning über sich).

Das Gros des begehrenden Volks und selbst der Aktivisten wußte von alldem ebensowenig wie die Besetzer der Au. Es brauchte sie auch nicht zu kümmern: Warum sollte das Volk, das etwas will, nicht Mittel gebrauchen, die es ohne sein Zutun vorfindet und brauchen kann? Verantwortung, wenn von solcher die Rede sein soll, haben einige Mitwisser, aber vor allem die wenigen wissenschaftlich handelnden Personen in dieser Geschichte.

Das aktuelle Engagement gegen den Bau der Staustufe Hainburg scheint mir durch Vorgeschichte und ökonomische Nebenstände nicht diskreditiert.

Die offenen Fragen an Regierung und die sonstigen Mächte des Staates werden, nehme ich an, öffentlich schon gestellt werden; zusätzlich bleiben mir diese Fragen offen:

● Wäre nicht sogar die grüne Sache in Hainburg ohne medientechnische Aufheizung zum glühenden Symbol der Menschheitsrettung vor industriellem Verderb besser bedient worden?

● Kann die „ökologische Bewegung“ in ihrer Geschichte die gleiche Sorte Parteienfinanzierung brauchen, die sie den vorhandenen Parteien vorwirft?

Am Gängelband dessen, der zeigen will, wer der Herr ist im Hause Österreich – der hier die „Krone“ trägt (und ihre Parodie, das Geweih) –, wird eine Alternative sich nicht entwickeln können.

Geldüberweisung Dichand an Volksbegehren: „Riesiges Know-how“

Überweisung durch		Creditanstalt-Bankverein	Gutschrift 9.412.287
Empfänger Verein für direkte Demokratie Konrad-Lorenz-Volksbegehren		Konto-Nr. des Empfängers	Bankleitzahl
o222-o757575			11000
Verwendungszweck			
lt Vereinbarung			
Konto-Nr. des Auftraggebers 0972-43080700	Auftraggeber ZEITUNGSVERLAG DICHAND & FALK GMBH. & CO 1190 WIEN, MUTHGASSE 2	Summe 700.000,-- Wert	
* Soll die Überweisung auf ein anderes Konto ausgeschoben sein, so sind die Worte „oder auf ein anderes Konto des Empfängers“ zuzustreichen.			
LESEZONE - BITTE UNBEDINGT VON BESCHRIFTUNG UND STEMPELUNG FREIHALTEN			
02220757575+		000700000000< 41+	



VIENNA REPORT

Polizei-Opfer:
„Friedensschluß bis 3. Jänner“

machen würden, wäre es ein Blödsinn. Denn mit dem Abschreiben ist es nicht mehr so, wie es einmal war. Früher konnte man da was herausholen – jetzt nicht mehr.“

Der vielfache Millionär nimmt auch höchstpersönlich Anteil: „Ich habe für dieses Volksbegehren gespendet, wenn auch keine Millionen. Ich tu es und habe permanent ein schlechtes Gewissen, daß ich nicht mehr tun kann.“

Und Günther Nenning, Lenker des organisierten Volkswillens, kommentiert die Zuwendungen aus dem Hause Dichand & Falk: „Es gibt einen Briefwechsel zwischen der ‚Krone‘ und dem Volksbegehrensverein des Inhalts, daß die ‚Krone‘ laufend Spendenaufrufe bringt, dadurch kommt ein ziemlicher Haufen Geld herein. In der Tat hat es einen Zeitpunkt gegeben, wo wir gedacht haben: ‚Jessas, vielleicht geht sich das nicht aus.‘ Aber jetzt haben wir überhaupt keine Sorgen, das funktioniert auf Heller und Pfennig.“

Auch wenn sich unter der Konrad-Lorenz-Flagge alles ausgehen sollte – für die Parlamentsparteien ist das Thema Hainburg noch lange nicht vom Tisch.

Die ÖVP wärmte wieder eine ihrer Lieblingsideen auf, nämlich eine Sondersitzung des Nationalrates zu verlangen.

Die FPÖ, intern in Grün-Bewegte und Regierungs-Linientreue zerrissen, ringt um Geschlossenheit.

Vor allem unter jungen Sozialisten ist die Empörung über Blechas Vorgehen, die unverhohlenen Drohgebärden der Gewerkschafter und Fred Sinowatz' Lavieren riesengroß. Erste Reaktionen waren Parteiaustritte.

Der Innenminister will von neuerlichen Kraftakten der Exekutive vorerst absehen. Die Weihnachtsfeiertage sollen friedlich vorbeigehen. Nach dem 3. Jänner, so Karl Blechas Hoffnung, wird es eine politische Lösung des Hainburger Dilemmas geben. ■

INLAND

E-WIRTSCHAFT

GEGEN DEN STROM

Unter der Zauberformel „Giro Blau“ formiert sich auch in Österreich jetzt passiver Widerstand von Stromzahlern. Die E-Werk-Bürokratie soll mit der Gröschel-Philosophie gestört werden.

VON HANNES REICHMANN

Das ist die einzige Möglichkeit, unsere selbstherrlichen Strombosse unter Druck zu setzen“, freut sich „Josef“.

„Josef“ ist ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Zentrale des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens. Und gibt Anrufern genaue Anweisungen für den nächsten Streich gegen die vielgeschmähte Strombranche: „Zuerst stornierst du deinen Dauerauftrag bei den Stadtwerken“, doziert „Josef“ in vertraulichem Ton: „Anstatt die Stromrechnung also auf einmal zum fälligen Termin zu begleichen, stotterst du sie in kleinen Teilbeträgen ab. Einmal 150 Schilling, dann wieder nur 50 Groschen und so weiter. Am Stichtag mußt du aber aufpassen, daß auch wirklich die Gesamtsumme bezahlt ist.“

Um bei den vielen Erlagscheinen, die nach Vorstellung der Initiatoren der sogenannten Aktion „Giro Blau“ – die von den am Konrad-Lorenz-Volksbegehren beteiligten Initiativlern gestartet wurde – die Wiener Stadtwerke und die Landesgesellschaften überströmen sollen, auch noch den Durchblick zu bewahren, rät „Josef“, auf Altbewährtes zurückzugreifen: „Leg dir am besten eine Mappe an und führe genau Buch über die per Erlagschein eingezahlten Beträge.“

Die Idee, den Stromgewaltigen möglichst viele Prügel vor die Füße zu werfen, kommt aus den Niederlanden und aus der benachbarten Bundesrepublik.

„Boykott von mindestens einer Million Kunden“

Gerd Renker, Koordinator von „Giro Blau“-Aktionen der deutschen Greenpeace-Gruppe „Robin Wood“, erinnert sich: „Die größten Erfolge wurden in Amsterdam erzielt. Dort haben so viele Leute mitgemacht, daß die Pläne für ein Atomkraftwerk verworfen wurden.“

In der Bundesrepublik, wo erstmals im Vorjahr zur zizerlweisen Bezahlung des Saftes aus der Steckdose aufgerufen wurde, zielt die Aktion auf andere Umweltsünden ab: „Wir wollen die Kraftwerksgesellschaften durch das Produzieren von vermeidba-

ren Kosten darauf aufmerksam machen, dieses Geld doch sinnvollerweise in die Entschwefelung von kalorischen Kraftwerken zu buttern“ (Renker).

Sinnvoll erscheint den Greenpeace- und Robin-Wood-Aktivistinnen jedenfalls eine Beteiligung von mindestens einer Million Stromkunden. Deshalb soll schon bald mit einer weiteren Boykott-Offensive begonnen werden.

„Bei uns machen das zwar noch nicht sehr viele“, verkündet „Josef“ – aber „ein Großteil meiner Bekannten hat sich nach den Vorfällen in der Au dazu entschlossen, den Dauerauftrag bei den Wiener Stadtwerken zu kündigen.“

Weil die Stromabrechnungen via EDV abgerechnet werden, schwant dem Direktionssekretär der Wiener Stadtwerke, Helmut Pecher, Böses: „Wenn das viele Leute machen würden, müßten wir die Abrechnung händisch abwickeln.“

Bisher sei ihm allerdings keine Anhäufung solcher Fälle bekannt, die „auf eine

„Greenpeace“-Zentrale:



FRED LANGENHAGEN

„Zizerlweise abstottern“



größere, geplante Aktion schließen ließe“. Und mit Nachdruck: „Wir blicken solchen Aktionen gelassen entgegen. Die entstehende Mehrarbeit läßt sich dann nur mit mehr Personal bewältigen.“

Solange zumindest die Fälligkeitstermine eingehalten würden, entstehe wenigstens kein zusätzlicher Schaden.

„Josef“ hält inzwischen noch einen weiteren Pfeil im Köcher passiven Konsumentenwiderstands bereit: „Rechtlich können die uns da nichts tun. Sogar die erste Mahnung abzuwarten, ist unbedenklich. Die ist nämlich gratis.“

Obwohl die Wiener Stadtwerke dementieren, soll es schon bei Landesgesellschaften erste Reaktionen auf widerspenstige

„Gehörige Verwirrung in EDV-Zentrum“

Stromverbraucher geben, welche auf ihre Weise Unmut gegen die ihrer Meinung nach umweltzerstörerische Wirkung von Kraftwerken praktizieren wollen. Darin wird der mit Verzögerungstaktik agierende Kunde „sehr höflich“ darauf hingewiesen, doch nicht unnötige Schwierigkeiten und Kosten zu verursachen.

Was vorerst still und leise bei ausgesprochenen Grün-Spechten ins Rollen kommt, könnte schon bald an die große Öffentlichkeitsglocke gehängt werden: Auch das Alternativreferat der Hochschülerchaft will nämlich die Aktion unterstützen.

Was bei Helmut Pecher „langsam ein schlechtes Gefühl“ aufkommen läßt.

Dennoch: „Krisenstab hat sich noch keiner formiert.“ ■

INLAND



VIENNA REPORT

Gewalt in der Au: Das Recht geht vom Volk aus

DIREKTE DEMOKRATIE

TRAURIGE CHOSE

Österreich bildet nach Meinung von Verfassungsexperten bei der Bürgermitbestimmung das Schlußlicht. Dabei forderte der Bundespräsident schon vor zwei Jahren den Ausbau der direkten Demokratie.

VON ELISABETH HORVATH



Volksabstimmung, Volksabstimmung, Volksabstimmung“, skandierten sie am vergangenen Mittwochabend, als sie zu Tausenden vom Sitz des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers am Wiener Ballhausplatz über den Graben zum Stephansplatz zogen.

Ausführender aus allen sozialen Schichten und jeden Alters demonstrierten nicht zuletzt für die österreichische Bundesverfassung, wonach das Recht vom Volk ausgeht – Artikel 1.

Freilich nur in der Theorie. Obzwar sich die Politiker aller Couleur andauernd in die Brust werfen, wie viele Instrumente der direkten Demokratie sie in Gesetzesform gegossen haben, regiert in Österreich prinzipiell die Maxime: Wenn die Mandatäre nicht wollen, gibt es kein Plebiszit.

Tatsächlich kann eine sogenannte Volksabstimmung nur über die Bühne gehen, wenn der Nationalrat sie beschließt. Und für die Abhaltung eines Volksbegehrens wurde zwar vor rund zehn Jahren die für die Einreichung notwendige Stimmenzahl auf 10.000 gesenkt. Doch ob dieses Begehren auch Gesetz wird, entscheidet wiederum allein die Mehrheit der Abgeordneten.

„Schon von Haus aus“, analysiert denn auch die Salzburger VP-nahe Politologin Barbara Wicha, „ist da so viel Halbherzigkeit drinnen. Es wurden so viele Irrelevanzen eingebaut.“

Hermann Stöger, KURIER-Redakteur und einstiger Zustellungsbevollmächtigter des schon legendären Rundfunk-Volksbegehrens vom Oktober 1964, das als eines der wenigen zu einem Gesetz führte, schlägt in die gleiche Kerbe: „In der Zwischenzeit sind Volksbegehren leichter durchzuführen. Aber die Regierung und das Parlament

Die berühmte Propyläen-Kunstgeschichte jetzt als Sonderausgabe sensationell preisgünstig:

Die Propyläen-Kunstgeschichte in 12 Bänden ist eine der größten Kunstsammlungen der Welt mit nahezu 7000 ganzseitigen Abbildungen. 25.000 Kunstinteressenten und alle großen Bibliotheken haben die Originalausgabe, welche pro Band über S 2000,- kostet, bereits erworben. Jetzt kann jeder Kunstfreund und Bücherliebhaber die ungekürzte Sonderausgabe zum sensationellen Bandpreis von nur rund S 500,- erwerben. Eine rasche Entscheidung ist jedoch notwendig, da die Auflage begrenzt ist.

Deshalb liegt unserer heutigen Ausgabe ein Prospekt des Spezialversandhauses für Lexika und Enzyklopädien, Enzyklopädische Literatur, bei.

Wenn der Prospekt fehlt, wenden Sie sich bitte an:
Enzyklopädische Literatur
Dr. phil. Egon Müller & Co
Franz-Sauer-Str. 46
5013 Salzburg
Tel. 0 66 2/39 6 63-0



Politologe Gerlich:
„Obrigkeitsstaatlich“

scheren sich immer weniger darum.“

Der Wiener SP-nahe Politologe Peter Gerlich schließlich bringt die traurige Chose auf den Punkt: „Im internationalen Vergleich sind wir eher Schlußlicht.“

Symptomatisches für das antiquierte und immer noch autoritäre Bewußtsein der heimischen Staatslenker findet sich auch in Landesgesetzen über regionale Volksbegehren. Heißt es doch in den Erläuterungen zum Volksbegehrensgesetz des Wiener Landtages vom 17. März 1978 ungeniert: „Der im Volksbegehren zum Ausdruck gekommene Wille einer bestimmten Anzahl von wahl- und stimmberechtigten Personen bindet den Gesetzgeber rechtlich nicht. Er entscheidet als Souverän, ob und gegebenenfalls wie er diesen Willen einer Minderheit oder auch Mehrheit im Gemeinwesen zu einem Gesetzesbeschluß formt.“

Peter Gerlich: „Das ist halt praktisch noch eine sehr obrigkeitsstaatliche Einrichtung.“

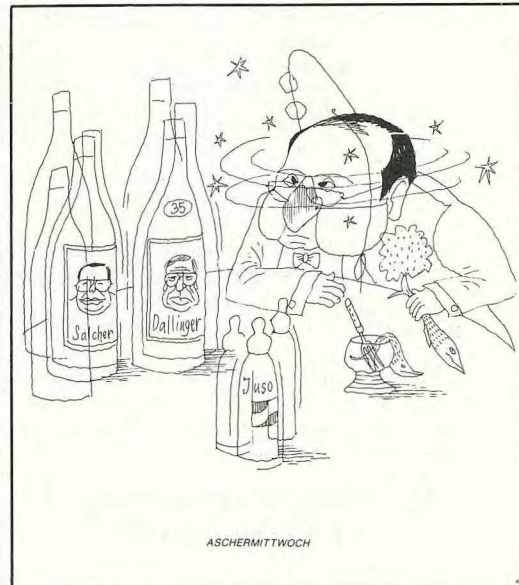
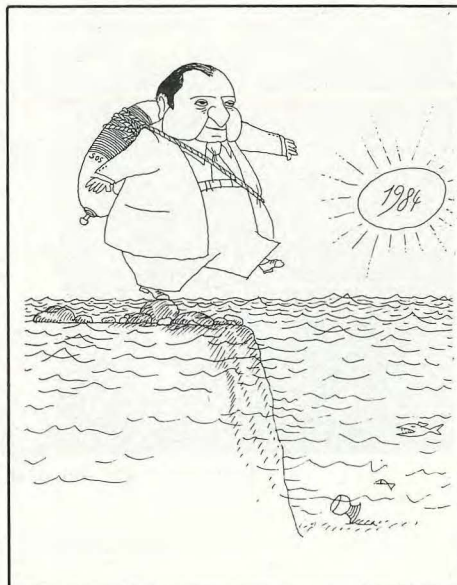
Dabei gäbe es im Ausland – mit der Schweiz als Spitzenreiter – Vorbilder genug:

- Im Kantönliland Schweiz führt jedes Volksbegehren mit einer bestimmten Stimmenanzahl zwingend zu einem Plebiszit.
- In vielen US-Bundesstaaten können ebenfalls die Bürger selbst eine Volksabstimmung initiieren.
- In Holland erfolgen alle größeren Stadterneuerungs- oder Umweltschutzprojekte nur über Volksentscheid.
- In Frankreich kann gar der Staatspräsident eine Volksabstimmung initiieren.

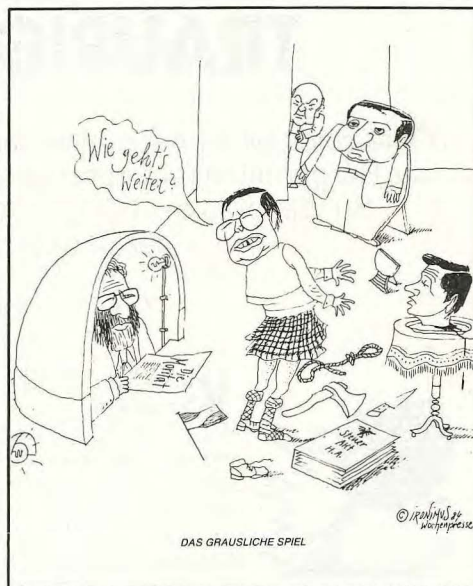
So hatte seinerzeit Charles de Gaulle mit diesem Instrument des öfteren um die Nationalversammlung herumregiert.

Doch nicht zuletzt das französische Beispiel demonstriert auch die Gefahren und Auswüchse der plebiszitären Demokratie: De Gaulle scheiterte, weil er das Instrument zu oft einsetzte.

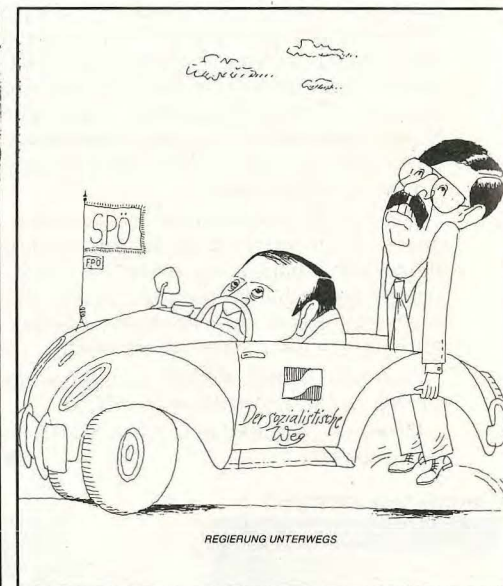
Fortsetzung Seite 28



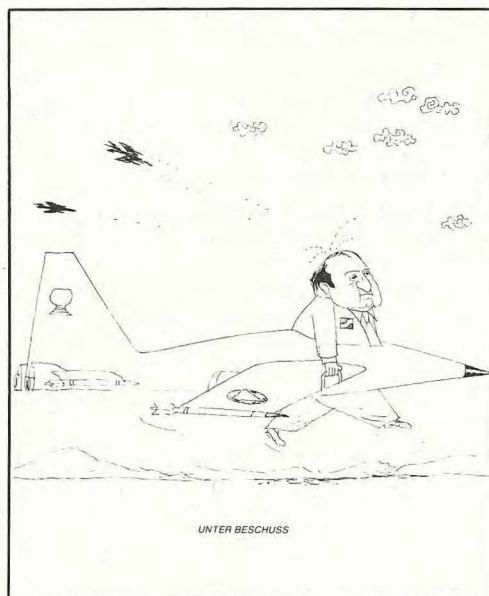
ASCHERMITTWOCH



DAS GRAUSLICHE SPIEL



REGIERUNG UNTERWEGS



UNTER BESCHUSS



UN RE IN ASCOLTO
(Ein König horcht)

Es ist für einen Karikaturisten schier unmöglich, von Fred Sinowatz nicht gefesselt zu werden. „Nachdem Sinowatz Kanzler geworden war, hat Kreisky zu mir gesagt – na, wenigstens den Karikaturisten hab' ich damit a Freud' gemacht“, schmunzelt Gustav Peichl alias Ironimus.

Das untrügliche Kennzeichen des Regierungschefs in jedem ihm gewidmeten WOCHENPRESSE-Cartoon: Ein Weinglas, manchmal im Vordergrund, manchmal irgendwo versteckt.

Egal, ob der SPÖ-Obmann auf Abfang-

seinerzeit das Glas ein- oder zweimal gezeichnet und so viele positive Reaktionen bekommen, daß ich es beibehalten habe. Heute kommen Beschwerden noch und noch, wenn ich es einmal vergesse.“

Nur das Ironimus-Objekt ist nicht ganz glücklich mit seiner feuchtföhlichen Trademark. „Sinowatz will die Gemütlichkeit, die man damit verbindet, abstreifen und der starke Mann sein, der mit der Faust auf den Tisch haut“, weiß Peichl.

Quod erat demonstrandum, etwa in der Hainburger Au.



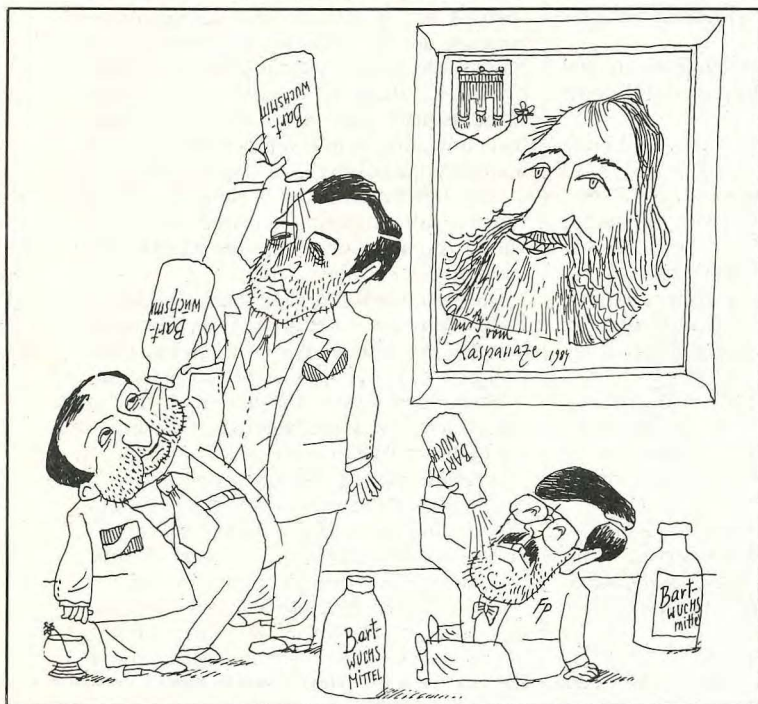
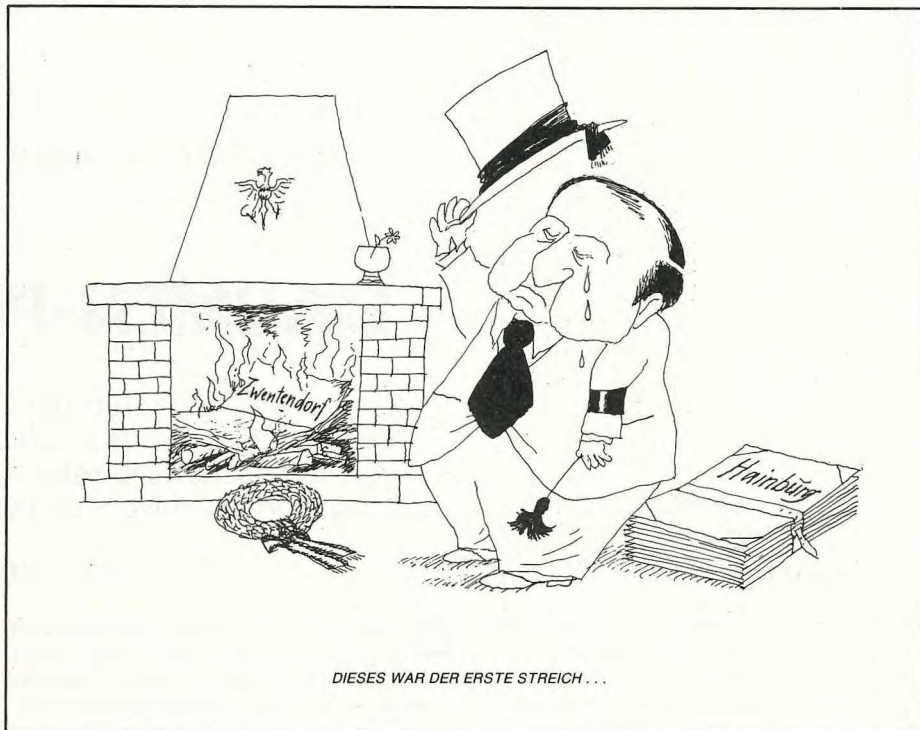
Gustav Peichl, Fred Sinowatz

IRONIMUS 1984

Der Jahresrückblick des WOCHENPRESSE-Karikaturisten Gustav Peichl.

jagd geht oder mit Dallinger respektive Androsch Zores hat, mit rot-grünen Parteifreunden rangelt oder über Zwentendorf brütet, ob er – nach dem Sieg von Rauschbart Kaspanaze Simma in Vorarlberg – mit Alois Mock und Norbert Steger ein Bartwuchsmittel einsetzt oder am Abgrund entlangspaziert, sein Signet ist immer dabei.

Ironimus-Erklärung: Ein Karikaturist braucht Chiffren, damit er die Stimmung „seiner“ Politiker ausdrücken kann. Bei Bruno Kreisky war es das lockige Haar, beim Nachfolger ist es eben das Weinglas. „Der Kanzler ist und bleibt ein Burgenländer, und ein Symbol des Burgenlandes ist der Wein“, begründet Peichl: „Ich habe



Die bundesdeutschen Nachkriegspolitiker scheuen sich heute noch, derartige Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Bundesebene einzuführen. Zu sehr noch stehen sie offenbar unter dem Schock der Weimarer Republik, in der zu viele Parteien existierten. „Die haben“, bekennt der Wiener VP-nahe Verfassungsrechtler und glühende Verfechter von mehr Partizipation, Bernhard Raschauer, ein, „ganz konsequent die Lehren aus dem Mißbrauch gezogen.“

Dafür akzeptieren die Bundesdeutschen auf Landesebene um so mehr an Bürger-Teilhabe. So gibt es vielfach bei Kraftwerks- und Straßenbauvorhaben sogenannte offene Planfeststellungsverfahren, bei denen alle betroffenen Bürger ihre Standpunkte deponieren können.

Auch nach dem Innsbrucker Stadtstatut und der Salzburger Landesverfassung führt eine bestimmte Anzahl von Bürgerunterschriften obligatorisch zur Volksabstimmung. Was die Salzburgerin Wicha freilich aus nächster Anschauung gleich wieder relativiert: „Der Gag bei uns ist, daß das Verfahren so umständlich ist.“ Etwa in der Form, daß ein Plebiszit über ein bereits „kundgemachtes“ Gesetz nur in einer bestimmten Zeit nach der Kundmachung abgehalten werden kann.

„Eine Verfassungsänderung wäre interessant“

Daß bei der direkten Demokratie in der Tat nicht immer alles grün ist, haben auch inzwischen die Grünen in der Bundesrepublik erfahren. Sie überdenken derzeit ihr Credo von der Basisdemokratie.

Betreiben die einen zuviel Bürgerbeteiligung, hat die heimische repräsentative Demokratie jedenfalls davon weitaus zu wenig. Wie dies auch Bundespräsident Rudolf Kirchschläger schon vor zwei Jahren in einem WOCHENPRESSE-Interview (Nr. 24/82 – „Zurück zur Moral“) kundtat. Das Staatsoberhaupt damals: „Es wäre interessant, wenn man einmal an eine Verfassungsänderung in der Richtung eines Ausbaues der direkten Demokratie denkt.“

Daß ein Abbau der Machtstrukturen tatsächlich auf fruchtbaren Boden fallen würde, haben auch die beiden Politologen Roland Deiser und Norbert Winkler bei ihrer Arbeit zur 1982 publizierten Studie „Das politische Handeln der Österreicher“ herausgefunden. Ihr Succus: So apathisch die heimischen Bürger in Sachen Parteien- und parlamentarischer Politik sind, so stark engagieren sie sich bei Aktionen der direkten Mitbestimmung wie Unterschriften und Bürgerinitiativen. Das Duo: „Es ist festzustellen, daß traditionelle Parteienbereiche für den Großteil der Bevölkerung weniger Attraktivität besitzen als informelle Politikformen.“ ■



Bergung von Lawinenopfern: Zwei Drittel der Toten sind Ausländer

PERSONALPOLITIK

DAUMEN-PROGNOSEN

Zehn Jahre lang forderten alpine Sicherheitsexperten die Einrichtung eines Lawinenforschungsinstituts. Jetzt, wo Landwirtschaftsminister Haiden dem Drängen endlich nachgegeben hat, mischt sich ein Wermutstropfen in die Freude.

VON HERBERT GEYER

Die Fachleute, die zu der Veranstaltung des Österreichischen Kuratoriums für Alpine Sicherheit über die Entwicklung des Lawinenschutzes gekommen waren, staunten nicht schlecht, als Erwin Plattner, Sektionschef in Günter Haidens Ministerium, das Wort ergriff.

Und die Gründung eines Instituts für Schnee- und Lawinenkunde durch sein Ministerium ankündigte.

Der Anlaß für die überraschende Haiden-Initiative liegt exakt zehn Jahre zurück: Am 21. Dezember 1974 riß eine Lawine am Steinbergkogel von Kitzbühel 13 Skifahrer mit sich. Neun konnten nur mehr tot geborgen werden. Zehn Tage später, am Silvestertag des selben Jahres, kamen zwölf weitere Ski-Enthusiasten in Gaschurn unter den Schneemassen einer Lawine ums Leben.

Günter Haiden, damals noch Staatssekretär und zufällig gerade in Gaschurn auf Urlaub, war Mitglied des Krisenstabs, der nach der Katastrophe über Sicherheitsmaßnahmen beriet.

Und alle Experten forderten die unverzügliche Schaffung eines Lawinenforschungsinstituts, das wissenschaftliche Grundlagen zur Verhinderung ähnlicher Katastrophen liefern sollte.

Zehn Jahre lang vergeblich.

Die Hauptaufgaben, die zu erfüllen waren: Die präzise Abgrenzung von Gefahren-

zonen, in denen Bauverbote verhängt werden müssen. Und die Erstellung besserer Unterlagen für die Lawinenwarndienste.

„Die Prognose von Lawinen-Abgängen“, weiß Herbert Aulitzky, Ordinarius am Institut für Wildbach- und Lawinenverbauung an der Wiener Universität für Bodenkultur, „ist etwas unheimlich Kompliziertes.“ Rund 20 Parameter – von der Hangneigung über die Bodenbeschaffenheit und die Schneetemperatur bis zur Sonneneinstrahlung – müßten exakt gemessen und miteinander in Relation gesetzt werden, um einigermaßen sicher den Zeitpunkt des Abreißen der Schneedecke voraussagen zu können.

Die Voraussetzung: möglichst jahrelange Beobachtungen – auf allen 4570 Lawinhängen, die allein im ständig besiedelten Gebiet der Alpenrepublik registriert sind.

Messungen dieser Art gibt es derzeit in Österreich – auf private Initiative hin – lediglich im Arlberg-Gebiet.

In allen anderen Alpenstaaten, auch in den USA, der Sowjetunion, ja selbst in Japan, sind sie längst Selbstverständlichkeit geworden. Das einzige österreichische Institut, das sich mit der Erforschung des Weißen Todes beschäftigte, die Schneeforschungsstelle in der Wattener Lizum, mußte bereits 1956 – nach bloß achtjähriger Tätigkeit – seine Pforten schließen.

Der Erfolg: Mit über 30 Lawinentoten pro